



HESSEN



Bericht aus Brüssel

08/2024 vom 19.04.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	12
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz	19
Umwelt.....	20
Landwirtschaft	22
Justiz.....	23
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	26
EU-Förderprogramme.....	27
Veranstaltungen.....	28
Vorschau	30

Europäischer Rat; Ergebnisse der außerordentlichen Tagung am 17./18.04.2024

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) sind am 17./18.04.2024 zu einer außerordentlichen Tagung in Brüssel zusammengekommen. Der ER befasste sich insbesondere mit dem Thema Wettbewerbsfähigkeit und rief zu einem neuen europäischen Deal für Wettbewerbsfähigkeit („New European Deal for Competitiveness“) auf. Dieser bezieht sich insbesondere auf den Binnenmarkt, die Kapitalmarktunion, die Industriepolitik, Innovationen und den Agrarsektor. Schwerpunkt der Diskussion der Staats- und Regierungschefs war die Vertiefung der Kapitalmarktunion. Weitere Themen waren die Ukraine, der Nahe Osten und die Beziehungen der EU zur Türkei. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten erneut ihre Unterstützung für die Ukraine, und wiesen auf die Notwendigkeit, dem Land Luftabwehrsysteme zur Verfügung zu stellen, hin. Die Angriffe Irans gegen Israel wurden verurteilt, alle Parteien zur Zurückhaltung aufgefordert und neue Sanktionen gegen den Iran in Aussicht gestellt (insbesondere in Bezug auf Drohnen und Flugkörper). Im Übrigen wiederholte der ER seine Position zur Krise im Nahen Osten – sofortige Waffenruhe, Freilassung aller Geiseln und humanitäre Hilfe für die palästinensische Bevölkerung. Zur Türkei wurde eine strategische Aussprache geführt. Die Zusammenarbeit soll weiter vorgebracht werden: Der ER hat die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten beauftragt, an den Empfehlungen, die die Kommission und der Hohe Vertreter im November 2023 zu den Beziehungen mit der Türkei abgegeben haben, auf „abgestufte, verhältnismäßige und umkehrbare Weise“ weiter zu arbeiten. Er forderte aber auch ein konstruktives Verhalten der Türkei ein und wies darauf hin, dass in diesem Zusammenhang die Wiederaufnahme von Gesprächen zur Lösung der Zypernfrage für die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei von besonderer Bedeutung sei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2024/04/17-18/>

Kommission; Brexit; Gibraltar-Abkommen

Der Exekutivizepräsident der Kommission, Maroš Šefčovič, der spanische Außenminister José Manuel Albares und der britische Außenminister David Cameron trafen am 12.04.2024 in Brüssel zusammen mit dem Chief Minister von Gibraltar, Fabian Picardo. Dies war das erste Treffen in diesem Format, um über das Abkommen zwischen der EU und GBR in Bezug auf Gibraltar zu sprechen. Bei dem Treffen wurden laut Statement von Šefčovič bedeutende Fortschritte erzielt. Es wurde eine allgemeine politische Linie vereinbart, unter anderem in den Bereichen Flughafen, Waren und Mobilität. Die Verhandlungen sollen in den kommenden Wochen fortgesetzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_1989

Kommission; Abschlussbericht des Europäischen Bürgerpanels zum Thema Energieeffizienz vorgelegt

150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten haben auf der Abschlussitzung des Europäischen Bürgerpanels für Energieeffizienz vom 12.-14.04.2024 in Brüssel 13 Vorschläge zum Thema Energieeffizienz an die Kommission verabschiedet. Die vorgelegten Vorschläge werden in eine Empfehlung der Kommission zum Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ einfließen, die später in diesem Jahr an die Mitgliedstaaten gerichtet werden soll.

https://citizens.ec.europa.eu/document/download/52a3608d-662c-4b0e-b463-684a9dbef302_en?filename=Final%20recommendations%20European%20Citizens%60%20Panel%20on%20Energy%20Efficiency.pdf

Rat; Makrofinanzhilfe für Ägypten

Der Rat genehmigte am 09.04.2024 die kurzfristige Makrofinanzhilfe in Höhe von 1 Mrd. EUR für Ägypten. Hauptziel sei es, zur Stabilisierung der ägyptischen Wirtschaft beizutragen. Mit der Hilfe sollte die sich verschlechternde makroökonomische Lage und der steigende Finanzierungsbedarf des Landes in den letzten Monaten angegangen werden. Die makrofinanzielle Gesamtunterstützung ergänzt ein neues mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeschlossenes Unterstützungsprogramm in Höhe von bis zu 8 Mrd. EUR, das bereitgestellt werde, sofern mehrere Auflagen erfüllt seien. Eine Vorbedingung für die Gewährung der Hilfe bestehe darin, dass Ägypten weiterhin konkrete und glaubhafte Fortschritte bei der Achtung wirksamer demokratischer Mechanismen, und der Rechtsstaatlichkeit erziele und die Achtung der Menschenrechte garantiere. Die Makrofinanzhilfe wird als Darlehen gewährt, das in einer Tranche bereitgestellt wird.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8309-2024-INIT/de/pdf>

Kommission; Ukraine-Plan und Ukraine-Fazilität

Die Kommission hat den Ukraine-Plan, die Reform- und Investitionsstrategie der ukrainischen Regierung, positiv bewertet. Die Bewertung vom 15.04.2024 ist Voraussetzung für regelmäßige Zahlungen im Rahmen der EU-Fazilität für die Ukraine in Höhe von 50 Mrd. EUR. Die Ukraine hatte der Kommission ihre Pläne am 20.03.2024 vorgelegt. Das Vorhaben enthält eine Vision für nachhaltiges Wachstum, die auf sorgfältig ausgewählten Prioritäten und einer Reihe von Reformen und Investitionen für die nächsten vier Jahre beruht. Der Plan soll Investitionen, die die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine, auf ihrem Weg in die EU fördern, vorantreiben. Ziel ist es, mit der Finanzierung aus der Ukraine-Fazilität der Ukraine dabei zu helfen, ihre Verwaltung aufrechtzuerhalten, Gehälter und Renten zu zahlen, grundlegende öffentliche Dienstleistungen zu erbringen und die Erholung und den Wiederaufbau zu unterstützen, während sie sich weiterhin gegen die russische Aggression verteidigt. Um den Schutz der finanziellen Interessen der EU zu gewährleisten, sieht der Plan der Ukraine einen angemessenen Rahmen für Transparenz, Rechnungsprüfung und Kontrolle vor.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/proposal-council-implementing-decision-approval-assessment-ukraine-plan_en

Kommission; Reaktion nach dem iranischen Angriff auf Israel

Am 14.04.2024 erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Mitteilung, dass Sie und die Staats- und Regierungschefs der G7, den Angriff des Irans auf Israel auf das Schärfste verurteilen. Im Rahmen der G7 sei Israel Unterstützung zugesichert worden. Es wurde bekräftigt, dass man weiter entschlossen für seine Sicherheit eintreten würde. Von der Leyen erklärte außerdem, das Vorgehen Irans bürge das Risiko einer unkontrollierbaren Eskalation in der Region. Der Iran und seine Unterstützer werden aufgefordert, die Angriffe vollständig einzustellen. Alle Parteien sollten außerdem jetzt größtmögliche Zurückhaltung üben. Zugleich wolle man die Zusammenarbeit verstärken, um die Krise im Gazastreifen so schnell wie möglich zu beenden. Dazu wären ein sofortiger Waffenstillstand und die sofortige Freilassung der Geiseln durch die Hamas notwendig. Ebenfalls gehöre dazu laut von der Leyen zusätzliche humanitäre Hilfe für notleidende Palästinenserinnen und Palästinenser.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/nach-angriff-irans-auf-israel-von-der-leyen-ruft-alle-parteien-zu-grosstmoglicher-zurueckhaltung-auf-2024-04-15_de

Kommission; Wiederaufbau der Ukraine, Investitionsrahmen

Die EU hat den Investitionsrahmen für die Ukraine eingerichtet, mit dem Anreize für öffentliche und private Investitionen zur Erholung und zum Wiederaufbau der Ukraine geschaffen werden sollen. Der Investitionsrahmen ist mit insgesamt 9,3 Mrd. EUR ausgestattet. Der Investitionsrahmen ist integraler Bestandteil der mit 50 Mrd. EUR ausgestatteten Ukraine-Fazilität. Der Investitionsrahmen für die Ukraine soll sich auf die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen, Gemeinden und Regionen, den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Förderung des grünen und digitalen Wandels konzentrieren. Der Wiederaufbau der Ukraine bedeute laut Kommission den Wiederaufbau des Landes nach den Regeln und Standards der EU. Die ersten Investitionsprogramme sollen auf der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine am 11./12.06.2024 in Berlin unterzeichnet werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/wiederaufbau-der-ukraine-eu-gibt-anreize-fur-investitionen-2024-04-18_de

EuGH; EP-Präsident musste Wahl von Katalanen anerkennen

Nach Auffassung von Generalanwalt Maciej Szpunar in seinen Schlussanträgen vom 11.04.2024 ist die Weigerung des ehemaligen Präsidenten des EU-Parlaments, Carles Puigdemont und Antoni Comín im Juni 2019 die Eigenschaft von Europaabgeordneten zuzuerkennen, für nichtig zu erklären. Das Urteil des EuG vom 06.07.2022 sei aufzuheben, soweit es die Weigerung des Präsidenten des EU-Parlaments betrifft, den beiden die Eigenschaft als Mitglieder des Parlaments zuzuerkennen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284658&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1227299>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 10.-11.04.2024 in Brüssel

EP nimmt neues Migrations- und Asylpaket endgültig an

Das EP hat am 10.04.2024 ein Gesetzespaket zur Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik angenommen, auf das sich Parlament und Rat im Dezember geeinigt hatten (siehe auch Beitrag unter „Inneres“):

Solidarität und Verantwortung

Zur Unterstützung von Mitgliedstaaten (MS), die unter Migrationsdruck stehen, werden andere MS einen Beitrag leisten, indem sie Asylsuchende oder Personen, die internationalen Schutz genießen, in ihr Hoheitsgebiet umsiedeln lassen, finanzielle Beiträge leisten oder operative bzw. technische Unterstützung bieten. Darüber hinaus werden die sogenannten Dublin-Vorschriften überarbeitet – also die Kriterien, nach denen bestimmt wird, welcher MS für die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zuständig ist. Das EP nahm die von Berichterstatter MdEP Tomas Tobé (EVP/SWE) vorgelegte Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement mit 322 zu 266 Stimmen bei 31 Enthaltungen an.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0179_DE.html

Bewältigung von Krisensituationen

Die Verordnung zur Bewältigung von Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt sieht einen Mechanismus für die Reaktion auf einen plötzlichen Anstieg des Zustroms von Migranten vor. Dadurch soll die Solidarität sowie die Unterstützung jener Mitgliedstaaten sichergestellt werden, die mit einer außergewöhnlich hohen Zahl an Migranten aus Drittstaaten konfrontiert sind. Die neuen Regeln behandeln auch die

Instrumentalisierung von Migranten, die von Drittstaaten oder feindseligen nichtstaatlichen Akteuren gezielt eingesetzt werden, um die EU zu destabilisieren. Die Abgeordneten nahmen den von Berichterstatter MdEP Juan Fernando López Aguilar (S&D/ESP) vorgelegten Text mit 301 zu 272 Stimmen bei 46 Enthaltungen an.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0178_DE.html

Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den EU-Grenzen

Personen, die die Voraussetzungen für eine Einreise in die EU nicht erfüllen, werden vor der Einreise in einem bis zu sieben Tage andauernden Verfahren überprüft. Dabei werden sie identifiziert, ihre biometrischen Daten werden erfasst und sie werden Gesundheits- und Sicherheitskontrollen unterzogen. Die Mitgliedstaaten müssen unabhängige Kontrollmechanismen einrichten, um sicherzustellen, dass die Grundrechte geachtet werden. Der von Berichterstatterin MdEP Birgit Sippel (S&D/DEU) vorgelegte Text wurde mit 366 zu 229 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0181_DE.html

Schnellere Asylverfahren

Für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes wird EU-weit ein neues, gemeinsames Verfahren eingeführt. Die Bearbeitung von Asylanträgen an den Grenzen der EU muss in Zukunft schneller erfolgen. Auch sollen die Fristen für unbegründete oder unzulässige Anträge künftig kürzer sein. Das EP nahm den von Berichterstatterin MdEP Fabienne Keller (RN/FRA) vorgelegten Text mit 301 zu 269 Stimmen bei 51 Enthaltungen an. Das Abstimmungsergebnis für das Rückführungsverfahren an der Grenze war 329 zu 253 Stimmen bei 40 Enthaltungen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0177_DE.html

Eurodac-Verordnung

Die Daten von Personen, die irregulär in die EU kommen – darunter Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von Menschen ab sechs Jahren –, werden in der überarbeiteten Eurodac-Datenbank gespeichert. Die Behörden sind künftig auch in der Lage, zu erfassen, ob jemand ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte oder gewalttätig bzw. bewaffnet war. Der von Berichterstatter MdEP Jorge Buxadé Villalba (ECR/ESP) vorgelegte Text wurde mit 404 zu 202 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0183_DE.html

Anerkennungsverordnung

Mit Blick auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus, sowie auf die Rechte jener, die ein Anrecht auf Schutz haben, sprach sich das EP für neue einheitliche Normen für alle Mitgliedstaaten aus. Die Mitgliedstaaten sollen die Lage im jeweiligen Herkunftsland auf der Grundlage von Informationen der EU-Asylagentur bewerten und die Flüchtlingseigenschaft regelmäßig überprüfen. Schutzsuchende müssen im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats bleiben, der für ihren Antrag zuständig ist bzw. in dem Schutz gewährt wurde. Der Text wurde von Berichterstatter MdEP Matjaž Nemeč (S&D/SLO) vorgelegt und mit 340 zu 249 Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0185_DE.html

Aufnahme von Asylsuchenden

Die Mitgliedstaaten müssen in Zukunft sicherstellen, dass für die Aufnahme von Asylsuchenden gleichwertige Normen gelten. Das betrifft unter anderem Unterkunft, Schulbildung und Gesundheitsversorgung. Registrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber können künftig spätestens sechs Monate nach Antragstellung eine

Arbeit aufnehmen. Neue Regeln für Inhaftierung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit sollen außerdem Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, davon abhalten, sich innerhalb der EU zu bewegen. Das Parlament nahm den von Berichterstatterin MdEP Sophia In 'T Veld (RN/NDL) vorgelegten Text mit 398 zu 162 Stimmen bei 60 Enthaltungen an.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0186_DE.html

Reform des Strom- und Gasmarktes

Die MdEP haben am 11.04.2024 der Reform des Strom- und Gasmarktes zugestimmt. Durch die Reform sollen Verbraucher vor Preisschocks geschützt werden und das Energiesystem resilienter und nachhaltiger gemacht werden. Die neue Richtlinie und die Verordnung über den Gas- und Wasserstoffmarkt zielen darauf ab, den Energiesektor der EU zu dekarbonisieren und die Produktion und Integration von erneuerbaren Gasen und Wasserstoff zu fördern. Die Reform des EU-Strommarktes soll insbesondere die Verbraucher vor schwankenden Preisen schützen. Die MdEP stellten sicher, dass sie das Recht haben werden, Verträge mit festen oder dynamischen Preisen abzuschließen und wichtige Informationen über die Optionen zu erhalten, die sie abschließen. Die Anbieter dürfen die Vertragsbedingungen nicht einseitig ändern.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0284_DE.html

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0282_DE.html

Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet

Das EP hat am 10.04.2024 die Verlängerung einer Ausnahmeregelung zur Aufdeckung von Online-Inhalten über sexuellen Missbrauch von Minderjährigen bis April 2026 beschlossen. Mit 469 zu 112 Stimmen bei 37 Enthaltungen sprachen sich die Abgeordneten für eine befristete Verlängerung einer Ausnahme von den EU-Datenschutzregeln aus, die es Internetplattformen erlaubt, Online-Inhalte über sexuellen Missbrauch von Minderjährigen aufzudecken. Die Ausnahmeregelung wird bis zum 03.04.2026 verlängert, damit eine Einigung über den langfristigen Rechtsrahmen zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet erzielt werden kann. Gleichzeitig wird die Berichterstattung über freiwillige Maßnahmen, die Unternehmen zur Aufdeckung von Kinderpornografie-Inhalten ergriffen haben, harmonisiert.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0198_DE.html

EP nimmt Position zum neuen Bodenüberwachungsgesetz an

Das EP hat am 10.04.2024 mit 336 zu 242 Stimmen bei 33 Enthaltungen seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission für ein Bodenmonitoring-Gesetz, dem ersten EU-Rechtsakt zum Thema Böden, angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Recht auf Abtreibung soll als EU-Grundrecht festgeschrieben werden

In einer Entschließung, die am 11.04.2024 mit 336 gegen 163 Stimmen bei 39 Enthaltungen angenommen wurde, fordern die MdEP, das Recht auf Abtreibung in der EU-Grundrechtecharta zu verankern. Sie wollen Artikel 3 der Charta folgendermaßen ändern: „Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, auf einen freien, informierten, umfassenden und allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten sowie zu allen damit zusammenhängenden Gesundheitsdienstleistungen ohne Diskriminierung, einschließlich sicherer und legaler Abtreibung“ (siehe Beitrag unter „Soziales“).

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 08.04.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei wurden Meinungsaustausche zu den Arbeitsdokumenten „die Zukunft der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) nach 2027“, „ein gerechter Übergang für alle Regionen der EU“, „Schaffung eines gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraums“ geführt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206601&meetingSessionId=2259215>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 10.04.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität“ sowie „Aktive Subsidiarität: ein Grundprinzip der EU-Agenda für bessere Rechtsetzung“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206394&meetingSessionId=2259003>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 11.04.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Es gab Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „eine resiliente Wasserbewirtschaftung zur Bekämpfung der Klimakrise im Rahmen des europäischen Blauen Deals“, „ein globaler Grüner Deal: Harmonisierung der globalen Rahmen für Klimapolitik, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung“ sowie „der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft“. Darüber hinaus wurde ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Europäischer Windkraft-Aktionsplan“ geführt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2203316&meetingSessionId=2255149>

AdR; 160. AdR-Plenarsitzung

Am 17./18.04.2024 fand das 160. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Erweiterungspaket 2023 – Ukraine, Moldau und Georgien“, „lokale Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie“, „Schutz der biologischen Vielfalt und Koexistenz mit Großraubtieren in Europa – Herausforderungen und Chancen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“, „Vorschlag für eine europäische Erklärung zum Radverkehr“, „Psychische Gesundheit“, „Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext – Instrument zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen“, „Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen“, „Verteidigung der Demokratie“, „neue genomische Techniken und Pflanzenvermehrungsmaterial“, „Kompetenz- und Fachkräftemobilität“, „Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik“, „Verbesserung der sozialen Inklusion von Kindern durch Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und regionaler Ebene“, „Stärkung der Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften im Rahmen integrierter Kinderschutzsysteme“, eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, bei der niemand zurückgelassen wird“ sowie „Erweiterungspaket 2023 – Westbalkan und Türkei“. Darüber hinaus fanden mit

folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Wadym Bojtschenko, Bürgermeister von Mariupol sowie mit MdEP Daniel Buda (ROM/EVP), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP.

<https://mepportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2204793&meetingSessionId=2256994>

Wirtschaft

Kommission; Handels- und Technologierat; EU und USA setzen enge Zusammenarbeit fort

Am 04./05.04.2024 fand die sechste Ministertagung des Handels- und Technologierates (TTC) in Löwen (BEL) statt. Den gemeinsamen Vorsitz führten Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Valdis Dombrovskis, US-Außenminister Antony Blinken, US-Handelsministerin Gina Raimondo und die Handelsbeauftragte der USA Katherine Tai sowie Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Besprochen wurde u.a., dass EU und USA ihr gemeinsames Engagement für einen risikobasierten Ansatz für künstliche Intelligenz (KI) und die Unterstützung sicherer und vertrauenswürdiger KI-Technologien bekräftigen und dass die Verwaltungsvereinbarungen im Halbleiterbereich um drei Jahre verlängert werden. Weiter soll eine Zusammenarbeit bei herkömmlichen Halbleitern erfolgen. Die Kräfte in der Forschung sollen gebündelt werden, um Alternativen zu per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in Chips zu finden, unter anderem durch die Nutzung von KI-Kapazitäten. Auch ist die Förderung eines nachhaltigen Handels im Rahmen des ökologischen Wandels für beide Parteien prioritär.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_24_1828

Kommission; Ausweitung der Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen

Am 05.04.2024 haben die EU, die USA und Teilnehmer der Mineralien-Sicherheitspartnerschaft (MSP) sowie Kasachstan, Namibia, die Ukraine und Usbekistan die Gründung eines neuen Forums für die Partnerschaft für die Sicherheit von Mineralien (MSP-Forum) angekündigt. Das Forum soll rohstoffreiche Länder und Länder mit einer hohen Nachfrage nach diesen Ressourcen zusammenbringen. Es soll dabei eine Projektgruppe für die Unterstützung und Beschleunigung der Durchführung nachhaltiger Projekte im Bereich kritischer Mineralien und eine Gruppe für politischen Dialog geben, die Strategien zur Stärkung einer nachhaltigen Produktion und lokaler Kapazitäten festlegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1807

Kommission; Genehmigung einer deutschen Beihilferegulierung für erneuerbaren Wasserstoff

Die Kommission hat am 05.04.2024 eine mit 350 Mio. EUR ausgestattete deutsche Beihilferegulierung zur Förderung der Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff über das Instrument „Auctions-as-a-Service“ (Auktionen als Dienstleistung) der Europäischen Wasserstoffbank nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Die genehmigte Regulierung soll den Bau von bis zu 90 MW Elektrolysekapazität unterstützen. Damit sollen Anreize für die Produktion von bis zu 75.000 Tonnen erneuerbarem Wasserstoff geschaffen werden. Dies wird laut der Kommission dazu beitragen, dass DEU sein Ziel erreicht, bis 2030 über eine inländische Elektrolysekapazität von mindestens 10 GW zu verfügen. Die Beihilfe wird im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens vergeben, das von der Europäischen

Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) überwacht wird.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_657

Kommission; Genehmigung deutscher Beihilfen zur Förderung der Dekarbonisierung industrieller Prozesse

Am 10.04.2024 hat die Kommission eine mit 2,2 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Beihilferegelung genehmigt, mit der Investitionen in die Dekarbonisierung industrieller Produktionsprozesse gefördert werden sollen, um den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft im Einklang mit dem Industrieplan zum Grünen Deal zu unterstützen. Es sollen Maßnahmen in Bereichen gefördert werden, die für die Beschleunigung des grünen Wandels und die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen von entscheidender Bedeutung sind. Die Regelung soll Investitionen in die Elektrifizierung industrieller Prozesse und Investitionen zur Ersetzung fossiler Brennstoffe durch erneuerbaren Wasserstoff oder durch aus erneuerbarem Wasserstoff gewonnene Brennstoffe fördern. Die Beihilfen werden als direkte Zuschüsse gewährt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1889

Kommission; Strategische Partnerschaft mit Usbekistan bei kritischen Rohstoffen

Die EU und Usbekistan haben am 05.04.2024 eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit der eine strategische Partnerschaft für kritische Rohstoffe ins Leben gerufen wird (Critical Raw Materials, CRM). Die Absichtserklärung, die vom Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission, Valdis Dombrovskis, und dem usbekischen Minister für Investitionen, Industrie und Handel, Laziz Kudratov, unterzeichnet wurde, betont das gemeinsame Engagement der Partner, die Zusammenarbeit im Bereich der kritischen Rohstoffe zu verbessern. Diese strategische Partnerschaft konzentriert sich u.a. auf die Steigerung der Resilienz von Lieferketten für kritische Rohstoffe, auf die Integration nachhaltiger Wertschöpfungsketten und auf eine Zusammenarbeit im Hinblick auf eine nachhaltige und verantwortungsvolle Produktion und Beschaffung kritischer Rohstoffe.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1806

Kommission; Veröffentlichung des Anzeigers für staatliche Beihilfen 2023

Die Kommission veröffentlicht am 09.04.2024 den Anzeiger für staatliche Beihilfen 2023. Dieser gibt auf der Grundlage der Berichte aus den Mitgliedstaaten (MS) Aufschluss über die Beihilfeausgaben im Jahr 2022. Die Übersicht zeigt, dass die MS trotz eines starken Rückgangs des Beihilfevolumens weiterhin Unternehmen unterstützten, die von den durch die Coronavirus-Pandemie und den Krieg Russlands gegen die Ukraine verursachten Krisen betroffen waren. Für das Jahr 2022 gaben die MS Ausgaben für staatliche Beihilfen in Höhe von rund 228 Mrd. EUR für alle Ziele an, einschließlich Krisenmaßnahmen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dies ist ein Rückgang gegenüber 2021 von fast 35%. DEU hat auch 2022 insgesamt bei weitem die höchste Summe an Beihilfen gewährt, gefolgt von FRA und ITA.

https://competition-policy.ec.europa.eu/document/download/0b2037c5-c43f-4917-b654-f48f74444015_en

Kommission; Neuntes Kohäsionsforum in Brüssel

Am 11./12.04.2024 fand das neunte Kohäsionsforum in Brüssel statt. Zu dem Treffen waren u.a. eine große Zahl von Vertretern aus allen Regionen geladen, um mit Vertretern aus den EU-Institutionen über Ergebnisse der bisherigen und über die Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2028 zu debattieren. Dafür waren u.a. vier

verschiedene Paneldebatten vorgesehen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach in ihrer Videobotschaft an, dass das Ziel der Kohäsionspolitik in der Verpflichtung bestehe, allen europäischen Regionen und ihren Bürgerinnen und Bürgern gleiche Chancen zu bieten. Die Kohäsionspolitik stehe für langfristige Investitionen in die Konnektivität, die Widerstandsfähigkeit und das soziale Gefüge der europäischen Regionen. Ergebnis der bisherigen Kohäsionspolitik sei u.a., dass das Pro-Kopf-Einkommen in den Mitgliedstaaten, die der Union 2004 beigetreten sind, von etwa der Hälfte des EU-Durchschnitts auf fast 80% gestiegen sei. In Zukunft sollen der Verwaltungsaufwand verringert und die Ergebnisse maximiert werden. Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen bezog sich in ihrer Rede auf den neunten Kohäsionsbericht und die bisherigen Erfolge der Kohäsionspolitik. Mit Blick auf die Zukunft äußerte sie, dass die Zukunft der Kohäsionspolitik Hand in Hand gehen müsse mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Kohäsionspolitik sei zentrales Element für einen funktionierenden Binnenmarkt, aber auch für die Erweiterung.

https://ec.europa.eu/regional_policy/whats-new/conferences/9th-cohesion-forum_en

Kommission; Konsultation zu Angebot und Nachfrage nach strategischen Rohstoffen

Die Kommission hat am 16.04.2024 eine Konsultation eröffnet, die sich an Unternehmen und andere relevante Einrichtungen richtet, die an der Bündelung der Nachfrage und der Verbindung von Angebot und Nachfrage nach strategischen Rohstoffen interessiert sind. Die Antworten im Rahmen der Konsultation sollen zur Einrichtung des künftigen Mechanismus zur Bündelung der Nachfrage und zur Zusammenführung von strategischen Rohstoffen beitragen, der im Gesetz über kritische Rohstoffe vorgesehen ist. Der künftige Mechanismus soll auf den Erfolg eines ähnlichen Mechanismus für Gas im Rahmen der EU-Energieplattform aufbauen. Er soll verschiedene Teile der Wertschöpfungskette strategischer Rohstoffe umfassen, darunter die Gewinnung, die Verarbeitung und das Recycling solcher Materialien. Die Frist zur Beteiligung an der Konsultation endet am 07.05.2024.

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/CRM_demand_aggregation_matchmaking

Rat; Vorlage des Binnenmarktberichts des EU-Sonderbeauftragten Enrico Letta

Zeitgleich zum Europäischen Rat am 17.04.2024 legte Enrico Letta, ehemaliger Ministerpräsident von ITA und Präsident des Jacques-Delors-Instituts in Paris seinen Bericht zur Zukunft des Binnenmarkts mit dem Titel „Viel mehr als ein Markt“ vor. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte ihn im vergangenen Jahr damit beauftragt, Empfehlungen für eine grundlegende Reform des Binnenmarkts zu erarbeiten. Da Europa sich seit Einführung des Binnenmarkts grundlegend verändert habe - weitgehend Dank seines eigenen Erfolgs - schlägt er u.a. vor, neben den bestehenden vier Freiheiten (Freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) eine fünfte Grundfreiheit als Kern des Binnenmarkts zu verankern: Freiheit in Forschung, Innovation und Bildung. Zur Überbrückung der derzeitigen Investitionslücken habe die Mobilisierung von privatem Kapital Priorität. Notwendig sei die Kapitalmarktunion voranzutreiben. Außerdem wird die Notwendigkeit unterstrichen, die Teilnahme von klein und mittlere Unternehmen am Binnenmarkt zu erleichtern. Hier setzt der Bericht u.a. auf einheitliche Rechtsvorschriften, wie z.B. auf einen europäischen Kodex für Wirtschaftsrecht. Ein gemeinsamer Markt für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie" sei ebenfalls entscheidend, um die EU mit den notwendigen Mitteln auszustatten, aktuelle und künftige Sicherheits Herausforderungen künftig besser bewältigen zu können. Letztendlich werde aber der Erfolg des Binnenmarktes nicht nur von seiner Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit abhängen, sondern auch von seiner Fähigkeit, allen europäischen Bürgern zugute zu kommen und ihre Unterstützung zu gewinnen.

<https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>

EuGH; Urteil zu einer früheren CZR-Vorschrift zu Verjährungsfristen für Schadensersatzklagen

Am 18.04.2024 entschied der EuGH in der Rechtssache C-605/21, dass die Verjährungsfrist für Schadensersatzklagen wegen einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht erst dann zu laufen beginnen, wenn die Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht beendet ist. Zudem muss der Geschädigte auch vor Beginn der Frist Kenntnis davon erlangt haben, dass das betreffende Verhalten eine solche Zuwiderhandlung darstellt. Aus Sicht des EuGH ist die Kenntnis in der Regel mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zusammenfassung des entsprechenden Beschlusses der Kommission gegeben, auch wenn der Beschluss der Kommission noch nicht rechtskräftig ist. In der Rechtssache geht es um eine frühere CZR-Verjährungsregelung, die aufgrund der o.a. Begründung laut EuGH dem EU-Recht widerspricht.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-605/21>

Rat, Kommission; Neues Europäisches Bauhaus (NEB) Festival 2024

Vom 09.-13.04.2024 fand in Brüssel (BEL) das zweite NEB Festival statt. Das Festival wurde am 09.04.2024 von Ratsvorsitzenden Alexander de Croo (BEL) und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, sowie den Kommissarinnen für Regionales und Reformen Elisa Ferreira und Iliana Ivanova Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend gemeinsam eröffnet. Im Rahmen der Messe und der zahlreichen Veranstaltungen konnte sich das NEB in all seinen Facetten unter der Überschrift, „Schöner, Nachhaltiger und Inklusiver“ darstellen. Das Festival war Plattform für die vielen Initiativen, die im Rahmen des NEB sich herausgebildet haben. In Zukunft wird das NEB über eine eigene Fazilität im Rahmen von Horizon Europe weiter ausgebaut, die NEB Akademie beginnt mit ihrer Arbeit.

https://new-european-bauhaus.europa.eu/festival_en

V e r k e h r

Eurostat; Anstieg der Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2022

Eurostat veröffentlichte am 12.04.2024 eine Statistik über die Straßenverkehrssicherheit in der EU. Im Jahr 2022 kamen laut Eurostat in der EU 20.653 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben, was einen Anstieg um 4% gegenüber 2021 bedeutet. Nach dem beispiellosen Rückgang im Jahr 2020 (18.833), der auf die COVID-19-Beschränkungen für den Personenverkehr zurückzuführen ist, steigt damit die Zahl der Todesopfer in zwei aufeinanderfolgenden Jahren wieder an. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl verzeichnet SWE die geringste Quote unter den Mitgliedstaaten auf. DEU liegt nach DNK und IRL auf Platz vier.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240412-1>

E n e r g i e

Kommission; Mitteilung zu den Energiewende-Dialogen mit Industrie und Sozialpartnern in der EU

Die Kommission hat am 10.04.2024 eine Mitteilung vorgelegt, in der sie zu einer Reihe von Energiewende-Dialogen über die Umwandlung Europas in eine saubere, ressourceneffiziente, gerechte und wettbewerbsfähige Wirtschaft Bilanz zieht. Nach

Ansicht der Kommission ist ein wirksamer und vereinfachter Rechtsrahmen für Unternehmen wichtig, um den Wandel zu vollziehen, aber auch Maßnahmen im Bereich der Energiepreise, einer modernen Infrastruktur, sowie ein einfacherer Zugang zu Finanzmitteln und ein stärkerer Binnenmarkt in einem global wettbewerbsorientierten Umfeld. Die Kommission will ihre bisherige Zusammenarbeit mit der Industrie und den Sozialpartnern im Rahmen der Energiewende-Dialoge fortsetzen.

https://commission.europa.eu/publications/clean-transition-dialogues-stocktaking-strong-european-industry-sustainable-europe_en

Rat; Förmliche Annahme der EU-Gebäuderichtlinie

Der Rat hat am 12.04.2024 die im Trilog erzielte Einigung über die überarbeitete Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden förmlich angenommen. Die Richtlinie soll zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Energiearmut in der EU beitragen. Nach den neuen Vorschriften sollen bis 2030 alle neuen Gebäude emissionsfrei sein, und bis 2050 soll der gesamte Gebäudebestand der EU in einen emissionsfreien Gebäudebestand umgewandelt werden. Für Nichtwohngebäude werden mit der überarbeiteten Richtlinie Mindestnormen für die Gesamtenergieeffizienz eingeführt. Diese sollen sicherstellen, dass diese Gebäude die festgelegte Höchstmenge an Primär- oder Endenergie, die sie pro m² jährlich verbrauchen können, nicht überschreiten.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-102-2023-INIT/de/pdf>
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_24_1966

Rat; Informelle Tagung des Energieministerrats

Am 15./16.04.2024 fand eine informelle Tagung des Energieministerrats statt. Im Rahmen der Tagung wurden die Prioritäten der BEL-EU-Ratspräsidentschaft, die Förderung einer nachhaltigen Energieinfrastruktur und die aktuellen Herausforderungen im Energiebereich erörtert. Es ging dabei zum einen um koordinierte Netzplanung, zweitens um die Finanzierung und Risikominderung von Infrastrukturinvestitionen sowie drittens um den Ausbau und die Beschleunigung der Energieinfrastruktur. Zur Unterstützung des Solarsektors in Europa unterzeichneten Energiekommissarin Kadri Simson sowie die Energieministerinnen- und -minister aber auch Vertreter der Industrie am Rande der informellen Tagung am 15.04.2024 die „European Solar Charta“. Diese enthält eine ganze Reihe von freiwilligen Maßnahmen zur Förderung der Photovoltaikbranche in der EU.

<https://newsroom.consilium.europa.eu/events/20240415-informal-meeting-of-energy-ministers-april-2024>
https://energy.ec.europa.eu/topics/renewable-energy/solar-energy/european-solar-charter_en

D i g i t a l

Rat; Informelle Tagung des Rates Telekommunikation

Am 11./12.04.2024 sind die Ministerinnen und Minister für Telekommunikation auf Einladung des BEL-Ratsvorsitzes zu einer informellen Tagung in Louvain-la-Neuve in BEL zusammengekommen. Für DEU hat Stefan Schnorr, Staatssekretär für Digitales und Verkehr, teilgenommen. Der informelle Rat einigte sich auf die Verabschiedung einer nicht bindenden Erklärung zur Förderung eines sichereren, verantwortungsvollen und vertrauenswürdigen Online-Umfelds. Diese Erklärung von Louvain-la-Neuve bezieht sich insbesondere auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Online-Inhalten durch die Bekämpfung gefälschter Profile in sozialen

Medien. Zudem wurde über die Zukunft des digitalen Binnenmarktes diskutiert, wobei die Aspekte Harmonisierung des Binnenmarktes, Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Nachhaltigkeit der Digitalisierung im Mittelpunkt standen.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/for-a-more-sovereign-and-secure-digital-europe/>

F o r s c h u n g

Kommission; Finanzielle Unterstützung ukrainischer Forschender

Im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) hat die Kommission am 18.04.2024 die Mittel für die MSCA4Ukraine-Initiative um 10 Mio. EUR erhöht. Diese werden für ukrainische Forscherinnen und Forscher genutzt, die das Land in Folge des russischen Angriffskriegs verlassen mussten und ihre Arbeit nun an Forschungszentren und Unternehmen in EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten im Rahmen von Horizon Europe fortsetzen können. Im bisherigen Rahmen von MSCA wurden bereits 125 ukrainische Forschende und ihre Projekte finanziert. Durch die Aufstockung wird dies für mindestens 50 weitere möglich. Interessierte Gasteinrichtungen und Forschende können sich ab Mai 2024 für entsprechende Finanzierungen bewerben.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/msca-will-provide-an-additional-eu10-million-to-support-displaced-researchers-from-ukraine>

Kommission; Horizont Europa: Forschung; künftige Forschungsprioritäten

Die Kommission hat am 08.04.2024 eine Konsultation zu den Herausforderungen und Prioritäten in den Bereichen saubere Energie und Mobilität für die künftige Forschungsagenda der EU gestartet. Die Kommission strebt eine breite Beteiligung „relevanter Interessengruppen“, d.h. v.a. auch der Forschungscommunity, an. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in ein Reflexionspapier einfließen, das als Beitrag zur Ermittlung künftiger Prioritäten der EU in diesen Bereichen dienen soll. Eine zentrale Frage der Kommission lautet: Könnten künftige Forschungs- und Innovationsprioritäten der EU im Bereich der sauberen Energie und/oder der Mobilität einen bahnbrechenden Fortschritt (z. B. eine bahnbrechende Idee/Innovation, einen systemischen Wandel, eine Änderung der Forschungspolitik usw.) ermöglichen und unterstützen, um die EU bis 2050 zu einer nachhaltigen, fairen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu machen?

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Survey_Clean-Energy-and-Mobility

Kommission; Innovation für Klimaneutralität; Mission Klimaneutrale Städte

Am 12.04.2024 hat die von der Kommission eingerichtete Mission Klimaneutrale Städte (Mission Cities) neue Beratungsmöglichkeiten für Kommunen angekündigt. Mit dem Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe hatte die Kommission im Jahr 2021 die sog. EU-Innovationsmissionen eingerichtet, die sich mit Förderunterstützung an die Forschungscommunity und Akteure wie Kommunen und Organisationen richten, um bestimmte Ziele voranzubringen. Eines ist das Erreichen der Klimaneutralität. Bis dato wurden bereits 112 Städte im Rahmen der Mission als prioritäre Städte in der EU und Partnerländern ausgewählt. Die Cities Mission Platform, die die Arbeit dieser Städte auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt, hat nun bekannt gegeben, dass sie über die ausgewählten Städte hinaus nun einen Teil ihrer Unterstützung auf alle interessierten europäischen Städte ausdehnen wird, die bis spätestens 2050 Klimaneutralität anstreben. Das EU-Projekt NetZeroCities verwaltet derzeit die Plattform und erleichtert die Unterstützung der Städte bei der Erreichung ihrer Klimaneutralitätsziele. Im Rahmen dieses Programms können Städte in ganz

Europa von den Ansätzen der Mission Cities untereinander lernen, sich mit anderen Städten auf EU- und nationaler Ebene austauschen und Zugang zum Online-Missionsportal und seinen Ressourcen erhalten. Da die Städte den Weg zur Klimaneutralität unter unterschiedlichen Bedingungen und in verschiedenen Phasen beschreiten, haben die Organisatoren der Missionsplattform auch eine Konsultation zur Bedarfsermittlung entwickelt, die noch bis zum 17.05.2024 geöffnet ist.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/23d995b9-3a19-2071-da50-385aceb4aed3>

Kommission; Forschungsrat; ERC; Bekanntgabe neuer Förderungen

Am 11.04.2024 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Liste der neuen geförderten Forschenden der jüngsten ERC-Förderrunde bekannt gegeben. DEU, FRA und NDL gehören zu den Top-Destinatären für Forschungsvorhaben in dieser Runde. Für die Ausschreibung wurden 1.829 Vorschläge eingereicht, die von Gremien aus international renommierten Forschern geprüft wurden. Nur knapp 14% der Vorschläge konnten für eine Finanzierung ausgewählt werden. Sieben hessische Forschende aus Marburg, Frankfurt und Darmstadt kamen bei der aktuellen Ausschreibung der Advanced Grants zum Zuge. Damit hat Hessen einen Anteil von 14% an allen Grants, die in DEU vergeben wurden. Die geförderten Forschenden in Hessen sind: Prof. Dr. Tobias Erb, Max-Planck-Institut für Terrestrische Mikrobiologie, Marburg und Philipps-Universität Marburg; Prof. Dr. Jürgen Hanneder, Philipps-Universität Marburg; Prof. Dr.-Ing. Christian Hasse, Technische Universität Darmstadt; Prof. Dr. Thomas Stöhlker, GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung, Darmstadt und Prof. Dr. Gilles Laurent, Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Gabriele Macho, Senckenberg Forschungsinstitut und Naturmuseum Frankfurt am Main; Prof. Dr. Robert Tampé, Goethe-Universität Frankfurt.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-2023-advanced-grants-results>

Kommission; Horizont Europa: Forschung; künftige Orientierung; Arbeitsprogramme

Die Kommission hat am 15.04.2024 eine Konsultation zu sämtlichen Orientierungsdokumenten für das Ausschreibungsjahr 2025 veröffentlicht, die insbesondere die zweite Säule im Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe betreffen. Die Kommission strebt eine breite Beteiligung „relevanter Interessengruppen“, d.h. v.a. auch der Forschungscommunity, an. Interessierte können sich konkret zu den Entwürfen für alle Cluster, die Missionen und das Neue Europäische Bauhaus äußern. Die Beiträge aus dieser Stakeholder-Befragung fließen in den Prozess der Themenerarbeitung für das Arbeitsprogramm 2025 ein.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/horizon-europe-work-programmes/feedback-opportunity-horizon-europe-work-programme-2025_en

Kommission; Horizont Europa: Forschung; Arbeitsprogramm 2023-2024

Die Kommission hat am 17.04.2024 Mittel für das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe neuen Bereichen zugewiesen, die zuvor noch nicht konkret budgetiert waren. Damit kann der Haushalt des Budgets für 2024 um fast 1,4 Mrd. EUR aufgestockt werden. Ermöglicht wird dies durch eine Änderung des Arbeitsprogramms 2023-2024. Profitieren sollen die fünf interdisziplinären EU-Innovationsmissionen, das Thema Neue Europäische Bauhaus (NEB) und junge Forschende für experimentelle Maßnahmen. Das NEB soll den europäischen Grünen Deal im Alltag und in den Wohnräumen der Menschen deutlich machen. Im Rahmen einer experimentellen Maßnahme im Umfang von 15 Mio. EUR für die EU-Missionen werden Wissensinstitutionen wie Hochschulen oder Forschungseinrichtungen Anlaufstellen

für lokale transdisziplinäre Forschungs- und Innovationstätigkeiten mit europäischer Öffentlichkeitsarbeit. Um die EU für mögliche künftige Pandemien zu rüsten, sieht das geänderte Arbeitsprogramm eine Investition in Höhe von 50 Mio. EUR für eine Europäische Partnerschaft zur Pandemievorsorge mit den Mitgliedstaaten vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_2104

Finanzen

EP; Bericht zu Verrechnungspreisen

Am 10.04.2024 billigte das EP im Konsultationsverfahren seinen Bericht zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Verrechnungspreisgestaltung. Die Abgeordneten sprachen sich dabei u.a. für ein Inkrafttreten der Richtlinie bereits ab 2025 (statt 2026) sowie für eine enge Anbindung an die Leitlinien der OECD und eine stärkere Rolle des EP aus. Der Vorschlag zur Verrechnungspreisgestaltung ist Teil des BEFIT-Pakets („Business in Europe: Framework for Income Taxation“). Er zielt auf eine Regulierung derjenigen Preise ab, die verschiedene Gruppen desselben multinationalen Unternehmens untereinander auf Güter und Dienstleistungen zahlen. Im Kern geht es dabei um die Bekämpfung von Steuervermeidung.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2024-0066_DE.html

EP; Bericht zur Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für KMUs

Am 10.04.2024 nahm das EP im Verfahren der Konsultation seinen Bericht zum Richtlinienvorschlag der Kommission über die Einrichtung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen an („Head Office Tax System for SMEs“ – HOT). Der Vorschlag soll KMU mit Betriebsstätten in mehreren Ländern ermöglichen, ihre Steuererklärung künftig nur noch in einem Mitgliedstaat – ihrem Hauptsitzland – abzugeben, anstatt sich an mehrere Steuersysteme anpassen zu müssen. Dies soll die Kosten für Unternehmen senken und ihre grenzüberschreitende Tätigkeit fördern. Auch hier schlägt das EP u.a. vor, die Vorschriften der Richtlinie nicht ab 2026, sondern bereits ab 2025 anzuwenden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0218_DE.html

EP; Haushaltsentlastung 2022

Das Plenum des EP erteilte am 11.04.2024 der Kommission, allen dezentralen Agenturen sowie dem Entwicklungsfonds Entlastung für das Haushaltsjahr 2022. Dabei kritisierten sie jedoch die hohe Fehlerquote bei den Ausgaben sowie die ausstehenden Mittelbindungen, die v.a. vor dem Hintergrund des Corona-Rettungsfonds NextGenerationEU ein Rekordhoch erreicht hätten. Zudem sehen die Abgeordneten die finanziellen Interessen der EU durch unzureichende nationale Kontroll- und Berichtsmechanismen in Hinblick auf die Verwendung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) gefährdet. Das EP äußerte weiterhin Sorge über Berichte, EU-Mittel könnten von der Terrororganisation Hamas missbraucht worden sein, und rief die Kommission zu einer Diversifizierung der finanziellen Hilfe an die palästinensische Bevölkerung auf.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0228_DE.html

Rat; Eurogruppe und ECOFIN

Die Finanzministerinnen und -minister der EU kamen am 12.04.2024 zu einer Tagung des ECOFIN-Rates in Luxemburg zusammen. Auf der Tagesordnung stand dabei ein Gedankenaustausch zur jüngst von der Kommission vorgelegten Halbzeitbewertung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), Herzstück des Corona-Wiederaufbauplans NextGenerationEU. In den Schlussfolgerungen würdigte der ECOFIN-Rat den

positiven Beitrag der ARF zum grünen und digitalen Wandel, hob aber auch hervor, dass es für eine abschließende Bewertung des Instruments noch zu früh sei. Zudem müssten in der Umsetzung der ARF die bürokratischen Hürden für die Mitgliedstaaten reduziert werden. Weiterhin befasste sich der ECOFIN-Rat u.a. mit der Arbeit der Europäischen Generalstaatsanwaltschaft, verabschiedete eine kurzfristige Makrofinanzhilfe an Ägypten i.H.v. 1 Mrd. EUR und beschloss eine Erhöhung des Kapitalanteils der EU an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Am Vortag hatten sich die Finanzministerinnen und -minister der Eurozone im Rahmen der Eurogruppe mit der Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Währungsgebiets sowie dem aktuellen Stand des Projekts zum digitalen Euro befasst.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2024/04/12/>

S o z i a l e s

Kommission; Stellungnahme zu Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern

Am 05.04.2024 hat die Kommission eine Stellungnahme zu Anliegen von europäischen Bürgerinnen und Bürgern bezüglich unbezahlter Praktika veröffentlicht. Hierin teilt die Kommission die Sorge über die potenzielle Ausbeutung junger Menschen zu Beginn ihrer Karriere und verweist auf ihren vor Kurzem veröffentlichten Vorschlag zu Maßnahmen für einen EU-weiten Qualitätsrahmen von Praktika. Abschließend erneuert die Kommission ihre Forderungen an die Mitgliedsstaaten und Unternehmen, Praktikantinnen und Praktikanten angemessen zu bezahlen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10808>

Kommission; Erklärung zur Europäischen Säule sozialer Rechte

Am 16.04.2024 haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer hochrangigen Konferenz in La Hulpe (BEL) ihr Bekenntnis zur Europäischen Säule sozialer Rechte erneuert. Das europäische Sozialmodell soll demnach weiterhin als Maßstab für Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene dienen, um die akuten Herausforderungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu bewältigen. Die Unterzeichnenden, unter anderem Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Präsidentin des EP Roberta Metsola und der BEL-Ratsvorsitzende Alexander de Croo, verweisen auf die nötige Stärkung der Sozialpartnerinnen und -partner sowie der Tarifverhandlungen und auf die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft. Zudem begrüßen sie den Plan zur Überprüfung des Aktionsplans für die Europäische Säule sozialer Rechte im Jahr 2025, der als Grundlage für das Erreichen der 2030-Ziele der EU gilt.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=10825&langId=en>

Kommission; Aufforderung zu Vorschlägen gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Am 18.04.2024 hat die Kommission Organisationen in der Sozialwirtschaft aufgefordert, Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der europaweiten Langzeitarbeitslosigkeit aktiv durch Projektvorschläge und Innovationen zu unterstützen. Trotz eines Rekordhochs der europäischen Beschäftigungsquote von 75,5% sind in der EU 4,5 Mio. Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Diese zukünftigen Projekte sollen mit 23 Mio. EUR im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus finanziert werden. Organisationen haben bis zum 30.09.2024 Zeit ihre Vorschläge einzureichen. Diese müssen mindestens Organisationen in zwei weiteren EU-Mitgliedstaaten und ausgewählte Drittstaaten miteinbeziehen, und können mit einer Laufzeit von 36 Monaten mit 1-3 Mio. EUR finanziert werden.

<https://www.esf.lt/en/transnational-calls/innovative-approaches-tackling-long-term-unemployment/1430>

Kommission; Empfehlung zu Abkommen zur Mobilität junger Menschen

Am 18.04.2024 hat die Kommission dem Rat einen Vorschlag zu Verhandlungen über ein Abkommen zur Erleichterung der Mobilität junger Menschen mit dem Vereinigten Königreich (GBR) unterbreitet. Seit dem Austritt von GBR aus der EU ist diese Mobilität deutlich rückläufig, was den Austausch in den Bereichen Jugend, Kultur, Bildung und Forschung erschwert. Der Vorschlag beinhaltet Punkte wie etwa zu erfüllende Bedingungen zur freien Bewegung junger Menschen, die nicht an arbeitsrelevante Zwecke oder Quoten gebunden sind. Bürgerinnen und Bürger im Alter von 18 bis 30 beider Abkommenspartner könnten sich dadurch bis zu vier Jahre im Zielland aufhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_24_2105

EP; Richtlinie zu neuen Antidiskriminierungsvorschriften verabschiedet

Am 10.04.2024 hat das EP eine Richtlinie zur wirksamen Anwendung und Durchsetzung neuer Antidiskriminierungsvorschriften in der EU verabschiedet. Diese folgt auf zwei Kommissionsvorschläge vom 07.12.2022. Die Richtlinie, auf der sich Parlament und Rat informell geeinigt haben, setzt neue Standards für nationale Gleichbehandlungsstellen, welche von nun an unabhängig agieren können und über ausreichend personelle, technische und finanzielle Ressourcen verfügen sollen. Außerdem werden Opfer von Diskriminierung europaweit die Möglichkeit erhalten, neben eine Klage vor Gericht auch Alternativen wie Mediation oder Streitschlichtung in Anspruch zu nehmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20299/parliament-adopts-new-standards-for-equality-bodies>

EP; Forderung nach Recht auf Abtreibung als EU Grundrecht

Am 11.04.2024 hat das Parlament in einer Entschließung den Rat aufgefordert, sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung sowie das Recht auf sichere und legale Abtreibung in der EU-Grundrechtecharta zu verankern. Die Abgeordneten fordern nach den WHO-Leitlinien von 2022 eine vollständige Entkriminalisierung und die Bekämpfung rechtlicher Hindernisse für Abtreibungen. Neben besserer Aufklärung des medizinischen Personals und einer hochwertigen Betreuung vor allem von Armut betroffener Frauen, fordern die MdEP auch, dass Organisationen, die sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau einsetzen, keine finanzielle Unterstützung durch die EU erhalten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20314/selbstbestimmung-fur-frauen-uber-ihre-sexuelle-und-reproduktive-gesundheit>

Eurofound; Mitteilung zur Bezahlung von Praktika veröffentlicht

Am 16.04.2024 hat Eurofound eine Mitteilung zur Bezahlung von Praktika in der EU veröffentlicht. Nach Daten der Agentur, auf denen auch der Bericht des Europäischen Rechnungshofs vom 06.02.2024 beruht, werden nur 54% der im EU-Raum angebotenen Praktika finanziell vergütet. Danach Umfragen über die Hälfte der jungen Menschen in Europa ein Praktikum absolviert hat und dieses als wichtiger Einstieg in die Arbeitswelt gilt, hebt die Mitteilung die Bedeutsamkeit von fairer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen erneut hervor. Außerdem verweist sie auf den Vorschlag der Kommission zu Maßnahmen für einen EU-weiten Qualitätsrahmen von Praktika.

<https://www.mynewsdesk.com/eurofound/news/almost-half-of-trainees-in-the-eu-do-not-receive-compensation-482552>

Kommission; Konsultation zu Sicherheitskriterien bezüglich der Kontamination von Lebensmitteln mit Listerien

Am 10.04.2024 begann die Kommission eine öffentliche Konsultation über den Entwurf einer Verordnung zur Aktualisierung der Sicherheitskriterien bezüglich *Listeria monocytogenes* in verzehrfertigen Lebensmitteln. Ziel dieser Initiative ist es, für bestimmte Kategorien verzehrfertiger, auf dem EU-Markt verkaufter Lebensmittel die EU-Vorschriften in Bezug auf den akzeptablen Grad der Kontamination durch *Listeria monocytogenes* an die internationalen Normen des „Codex alimentarius“ anzugleichen. Dadurch soll vor allem die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt und amtliche Kontrollen durch die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten der EU erleichtert werden. Rückmeldungen sind bis zum 08.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13003-Listeria-monocytogenes-in-verzehrfertigen-Lebensmitteln-Aktualisierung-der-Sicherheitskriterien_de

EP; Annahme der Frühstücksrichtlinien

Das Parlament hat am 10.04.2024 aktualisierte Vorschriften für die Zusammensetzung, Handelsbezeichnung, Etikettierung und Aufmachung bestimmter „Frühstücks“-Lebensmittel, die so genannten „Frühstücksrichtlinien“, mit 603 ja, 9 nein bei 10 Enthaltungen gebilligt. Die neuen Regeln enthalten unter anderem Kennzeichnungsverpflichtungen für Honig aus Nicht-EU-Ländern und ein Verfahren für ein System zur Rückverfolgbarkeit von Honig. Auch der Zuckergehalt von Fruchtsäften sowie der Mindestfruchtgehalt von Konfitüren und Marmeladen werden klarer gekennzeichnet.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20310/fruehstuecksnahrung-bessere-informationen-fur-verbraucher>

Kommission; Konsultation zur Berichterstattung über Produktsicherheit

Am 16.04.2024 begann die Kommission eine öffentliche Konsultation über den Entwurf eines delegierten Rechtsakts zu Indikatoren für die Berichterstattung im Zusammenhang mit der Verordnung zur allgemeine Produktsicherheit. Ziel ist die Festlegung von Indikatoren, die die Mitgliedstaaten bei der Berichterstattung über die Anwendung der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit heranziehen. Rückmeldungen sind bis zum 14.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13986-Produktsicherheit-Indikatoren-fur-die-Berichterstattung-im-Zusammenhang-mit-der-Verordnung-uber-die-allgemeine-Produktsicherheit_de

OSHA; Mitteilung zu interaktiven Gefährdungsbeurteilungsinstrumenten

Am 18.04.2024 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) eine Mitteilung zu 15 Online-Gefährdungsbeurteilungsinstrumenten (OiRA) zur Sicherheit von Reinigungskräften veröffentlicht. Um diese zu gewährleisten, bieten die mit Partnerinnen und Partnern auf nationaler und EU-Ebene entwickelten OiRA gute Leitlinien und Strukturen zur Risikoanalyse und unterstützen Kleinst- und Kleinunternehmen im Reinigungssektor bei dieser. OSHA wirbt mit dem Hashtag #OiRAtools, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die neuen Instrumente zu lenken.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/creating-safer-cleaning-industry-thanks-oira-tools>

EP; Annahme der Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser

Am 10.04.2024 verabschiedete das EP mit 481 Ja-Stimmen, 79 Nein-Stimmen bei 26 Enthaltungen die Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser. Mit Einführung der neuen Maßnahmen sollen mehr Nährstoffe aus dem kommunalen Abwasser entfernt werden und neue Normen für Mikroschadstoffe gelten. Die Richtlinie gilt nun auch für kleinere Gemeinden ab 1.000 Einwohnern. Es wird eine Frist für das Erreichen der Energieneutralität in diesem Sektor sowie ein System der erweiterten Herstellerverantwortung eingeführt, um sicherzustellen, dass die am stärksten umweltbelastenden Sektoren einen Beitrag zur Abwasserbehandlung von Mikroschadstoffen leisten. Zudem wird durch die Richtlinie die Bewirtschaftung des Regenwassers verbessert.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20307/new-eu-rules-to-improve-urban-wastewater-treatment-and-reuse>

EP; Annahme der CO2-Regulierung für schwere Nutzfahrzeuge

Am 10.04.2024 verabschiedete das EP mit 341 Ja-Stimmen, 268 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen die Überarbeitung der CO2-Emissionsnormen für Lkws und Busse. Für alle neuen schweren Nutzfahrzeuge mit zertifizierten CO2-Emissionen – darunter auch kleinere Lastkraftwagen, Stadtbusse, Reisebusse und Anhänger – sollen Emissionsreduktionsziele gelten. Im Einklang mit den Klimazielen der EU für 2030 und darüber hinaus haben Rat und EP die von der Kommission in ihrem Vorschlag festgelegten Zielvorgaben für 2030 (45%), 2035 (65%) und 2040 (90%) beibehalten, zusätzlich zu dem bereits in den gelten Rechtsvorschriften vorgesehenen Reduktionsziel von 15% für 2025. Diese Zielvorgaben werden für schwere Lastkraftwagen über 7,5 t und Reisebusse gelten. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird eine Zielvorgabe von 100% emissionsfreien Stadtbussen bis 2035 eingeführt, wobei bis 2030 ein Zwischenziel von 90% für diese Klasse festgelegt wird.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20305/meps-adopt-strict-co2-emissions-targets-for-trucks-and-buses>

EP; Abstimmung zur Bodenüberwachung

Das EP hat am 10.04.2024 mit 336 Ja-Stimmen gegen 242 Nein-Stimmen bei 33 Enthaltungen seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission für ein Gesetz zur Bodenüberwachung angenommen. Die Abgeordneten unterstützen das übergeordnete Ziel, bis 2050 gesunde Böden zu erreichen. Dafür soll eine harmonisierte Definition der Bodengesundheit gefunden und ein umfassender Überwachungsrahmen geschaffen werden. Das neue Gesetz wird die Mitgliedstaaten verpflichten, den Gesundheitszustand aller Böden in ihrem Hoheitsgebiet zunächst zu überwachen und dann zu bewerten. Die Abgeordneten unterstützen zudem die Forderung, dass spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie in allen Mitgliedstaaten eine öffentliche Liste kontaminierter Standorte erstellt werden muss. Diese müssen außerdem durch die Mitgliedstaaten untersucht, bewertet und saniert werden, um unannehmbare Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt aufgrund von Bodenverunreinigungen zu beseitigen. Die Kosten müssen von den Verursachern getragen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20304/soil-health-parliament-sets-out-measures-to-achieve-healthy-soils-by-2050>

EP; Verabschiedung eines Rahmens zur Zertifizierung von Kohlenstoffabbau

Am 10.04.2024 verabschiedete das Parlament die Verordnung zu einem EU-weiten Zertifizierungsrahmen für die Kohlenstoffabscheidung. Es wird in der Verordnung zwischen vier verschiedenen Arten der Kohlenstoffabscheidung bzw. der Emissionsreduzierung unterschieden - der dauerhaften Kohlenstoffabscheidung, der temporären Kohlenstoffspeicherung in langlebigen Produkten, der vorübergehenden Kohlenstoffspeicherung durch Kohlenstoffabbau sowie der Verringerung der Bodenemission. Weiterhin ist vorgesehen, dass die Kohlenstoffabbauaktivitäten vier übergreifende Kriterien erfüllen müssen um zertifiziert zu werden – Quantifizierbarkeit, Zusätzlichkeit, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Ziel ist es, die Entwicklung von Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und von nachhaltigen Lösungen für die Kohlenstoffbewirtschaftung zu fördern. Außerdem sollen neue Einkommensmöglichkeiten für Unternehmen geschaffen werden, die Technologien zur Kohlenstoffentfernung einsetzen oder Produkte zur dauerhaften Kohlenstoffspeicherung entwickeln, sowie für Landbewirtschafter, die innovative Kohlenstoffbewirtschaftungsmethoden anwenden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20306/carbon-removals-measures-adopt-a-new-eu-certification-scheme>

Rat; Euro 7 Emissionsnormen für Fahrzeuge verabschiedet

Am 12.04.2024 hat der Rat die Euro-7-Verordnung angenommen, in der Vorschriften über Emissionsgrenzwerte für Straßenfahrzeuge und die Haltbarkeit von Batterien festgelegt sind. Für Personenkraftwagen (PKW) und Lieferwagen werden die derzeitigen Euro-6-Prüfbedingungen und Abgasgrenzwerte beibehalten. Für Busse und Lkw werden dagegen strengere Grenzwerte für verschiedene Luftschadstoffe gelten. Zum ersten Mal werden Grenzwerte für die Emission von Bremspartikeln (PM10) für PKW und Kleintransporter sowie Mindestanforderungen an die Lebensdauer der Batterien von Elektro- und Hybridfahrzeugen festgelegt. Für jedes Fahrzeug soll ein Umwelt-Fahrzeugpass zur Verfügung gestellt werden, der Informationen über Umwelleistung zum Zeitpunkt der Zulassung enthält. Die Fahrzeugnutzenden sollen zudem Zugang zu aktuellen Informationen über Kraftstoffverbrauch, Zustand der Batterie, Schadstoffemissionen und andere relevante Informationen haben, die von bordeigenen Systemen und Monitoren aufgenommen werden.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/04/12/euro-7-council-adopts-new-rules-on-emission-limits-for-cars-vans-and-trucks/?utm_source=brevio&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

Rat; Verabschiedung der Richtlinie über Industrieemissionen

Der Rat hat am 12.04.2024 die überarbeitete Richtlinie über Industrieemissionen und die Verordnung über die Einrichtung eines Industrieemissionsportals angenommen. Der Anwendungsbereich der Richtlinie wird auf Anlagen der mineralgewinnenden Industrie (Bergwerke) und Großanlagen zur Herstellung von Batterien ausgeweitet. Außerdem werden mehr große Intensivtierhaltungsbetriebe, darunter Schweine- und Geflügelhaltungsbetriebe, in den Anwendungsbereich der überarbeiteten Richtlinie aufgenommen. Ausgenommen sind Betriebe mit extensiver oder ökologischer Schweinehaltung. Ursprünglich hatte die Kommission vorgeschlagen auch die Rinderhaltung einzubeziehen. Rat und Parlament einigten sich darauf, die Kommission zu beauftragen, bis zum 31.12.2026 zu prüfen, ob EU-Maßnahmen erforderlich sind, um die Emissionen aus der Tierhaltung, einschließlich der Rinderhaltung, anzugehen, und eine Gegenseitigkeitsklausel einzuführen, um sicherzustellen, dass Erzeuger

außerhalb der EU bei der Ausfuhr in die EU ähnliche Anforderungen wie die EU-Vorschriften erfüllen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/04/12/industrial-emissions-council-signs-off-on-updated-rules-to-better-protect-the-environment/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=320

Landwirtschaft

Kommission; Konsultation zu Kontrollstellen für die Einfuhr ökologischer Produkte

Am 09.04.2024 begann die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Verzeichnis anerkannter Kontrollstellen für die Einfuhr von ökologischen Erzeugnissen. Derzeit werden ökologische Erzeugnisse eingeführt, die von Kontrollstellen zertifiziert wurden, deren Standards als den Vorschriften der aufgehobenen EU-Rechtsvorschriften über ökologische Erzeugnisse gleichwertig anerkannt sind. Diese Anerkennung läuft am 31.12.2024 aus. Mit dieser Initiative wird das Verzeichnis der Kontrollstellen festgelegt, die in Nicht-EU-Ländern die Zertifizierung von Unternehmen vornehmen dürfen, die beabsichtigen, ökologische Erzeugnisse im Einklang mit den neuen EU-Rechtsvorschriften über ökologische Erzeugnisse in die EU einzuführen. Rückmeldungen sind bis zum 07.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14087-Einfuhr-okologischer-biologischer-Erzeugnisse-Verzeichnis-der-anerkannten-Kontrollbehörden-und-Kontrollstellen_de

Kommission; Konsultation zu Statistiken zu Nährstoffen

Am 09.04.2024 begann die Kommission eine öffentliche Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Statistiken zu Nährstoffen. Mit der Verordnung (EU) 2022/2379 wird ein gemeinsamer Rechtsrahmen für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung von EU-Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung geschaffen. Mit der neuen Durchführungsverordnung soll genau festgelegt werden, welche Datensätze zur Erstellung von Nährstoffstatistiken zu erfassen sind, um zwischen den EU-Ländern vergleichbare Daten für die Gestaltung der Agrarpolitik zu erhalten. Rückmeldungen sind bis zum 07.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14149-Statistiken-zu-Nährstoffen-detaillierte-Vorschriften_de

Kommission; Beihilferahmen zur Krisenbewältigung im Agrarsektor

Die Kommission hat am 11.04.2024 vorgeschlagen, bestimmte Teile des Befristeten Beihilferahmens zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels zu verlängern, sodass der landwirtschaftliche Primärsektor angesichts der anhaltenden Marktstörungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiter unterstützt werden kann. Dadurch könnten die Mitgliedstaaten Landwirtinnen und Landwirten bei Bedarf für weiterhin begrenzte Beihilfebeträge gewähren und sicherstellen, dass die krisenbedingten Unterstützungsmaßnahmen wirksam umgesetzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1888

Kommission; Konsultation zu Statistiken über landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Erzeugung

Mit der Verordnung (EU) 2022/2379 wird ein gemeinsamer Rechtsrahmen dafür geschaffen, landwirtschaftliche Betriebsmittel und landwirtschaftliche Erzeugung betreffende europäische Statistiken zu entwickeln, zu erstellen und zu verbreiten. Am 15.04.2024 begann die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung, die Modalitäten und Inhalt der Qualitätsberichte festlegt, die Eurostat gemäß der Verordnung zu übermitteln sind, um die Qualitätssicherung und einheitliche Standards für die Qualitätsberichterstattung zu gewährleisten. Rückmeldungen sind bis zum 13.05.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14062-Statistiken-zu-landwirtschaftlichen-Betriebsmitteln-und-zur-landwirtschaftlichen-Erzeugung-Qualitätsbericht_de

Justiz

EuG; Russische Invasion in der Ukraine: Urteile erklären Aufnahme von Petr Aven und Mikhail Fridman in die Listen der zwischen Februar 2022 und März 2023 von restriktiven Maßnahmen betroffenen Personen für nichtig (Aven/Rat; Fridman/Rat)

Das Gericht der EU hat mit zwei Urteilen vom 10.04.2024 in den Rechtssachen T-301/22 und T-304/22 die Aufnahme zweier Geschäftsleute in die Listen der zwischen Februar 2022 und März 2023 von restriktiven Maßnahmen betroffenen Personen für nichtig erklärt. Petr Aven und Mikhail Fridman, die beiden Kläger, sind wichtige Anteilseigner eines Konzerns, zu dem die Alfa Bank gehört, eine der führenden Banken Russlands. Im Februar 2022 erließ der Rat als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine die ursprünglichen Rechtsakte, mit denen er u. a. die Namen der Kläger in die Listen der restriktiven Maßnahmen aufnahm, so dass ihre Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen eingefroren wurden. Sie hätten russische Entscheidungsträger materiell oder finanziell und Handlungen sowie politische Maßnahmen unterstützt, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohten. Das Gericht erklärt sowohl die ursprünglichen Rechtsakte als auch die Rechtsakte über die Belassung auf den Listen der restriktiven Maßnahmen für den Zeitraum vom 28.02.2022 bis zum 15.03.2023 für nichtig. Es ist der Auffassung, dass keiner der in den ursprünglichen Rechtsakten vom Rat angeführten Gründe hinreichend belegt ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284621&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3087206>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284622&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3088082>

EuGH; Urteil zum Begriff des immateriellen Schadens aus der DSGVO (juris)

Mit Urteil vom 11.04.2024 hat der EuGH in der Rechtssache 741/21 (juris) entschieden, dass ein Verstoß gegen Bestimmungen der Verordnung 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung; DSGVO), die der betroffenen Person Rechte verleihen, für sich genommen nicht ausreicht, um unabhängig vom Schweregrad des von dieser Person erlittenen Schadens einen „immateriellen Schaden“ im Sinne von Art. 82 Abs. 1 DSGVO darzustellen. Das Landgericht Saarbrücken hatte den EuGH zur Auslegung des immateriellen Schadensbegriffs aus der DSGVO befragt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284641&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3093579>

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin zum Verbot der Rechtsberatung für in Russland niedergelassene Personen (Jemerak)

Generalanwältin Laila Medina hat am 11.04.2024 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C 109/23 (Jemerak) zu privaten Verträgen mit russischen Personen im Kontext der aktuellen gemeinsamen Außenpolitik vorgelegt. Die Generalanwältin schlägt dem EuGH folgende Antworten auf die Vorabentscheidungsersuchen des Landgerichts Berlin vor: Die notarielle Beurkundung eines Kaufvertrags über Immobiliareigentum einer in Russland niedergelassenen juristischen Person fällt nicht unter das in Art. 5n Abs. 2 der Verordnung 833/2014 vorgesehene Verbot, sofern sich die juristische Person nach dieser Verordnung an Transaktionen beteiligen darf und die Beurkundung nicht durch eine Rechtsberatung ergänzt wird, was das vorlegende Gericht zu überprüfen hat. Die Dienstleistungen eines Dolmetschers im Rahmen der notariellen Beurkundung eines Kaufvertrags über Immobiliareigentum einer in Russland niedergelassenen juristischen Person fallen nicht unter das in dieser Bestimmung vorgesehene Verbot. Schließlich fällt es nicht unter das in dieser Bestimmung vorgesehene Verbot, wenn ein Notar einen beurkundeten Kaufvertrag über Immobiliareigentum einer in Russland niedergelassenen juristischen Person vollzieht und dabei insbesondere die Verwahrung und Auszahlung des Kaufpreises, die Löschung der bestehenden Grundstücksbelastungen sowie die Eigentumsumschreibung im Grundbuch auf die neuen Eigentümer vornimmt, sofern sich die juristische Person nach dieser Verordnung an Transaktionen beteiligen darf und diese Aufgaben keinerlei Rechtsberatung beinhalten, was das vorlegende Gericht zu überprüfen hat.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284663&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3094506>

EuG; Urteil zur Zurückweisung der Eintragung des Namens Pablo Escobar als Unionsmarke wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung und die guten Sitten (Escobar / EUIPO (Pablo Escobar))

Das Gericht der EU hat in seinem Urteil vom 17.04.2024 entschieden, dass der Name Pablo Escobar nicht als Unionsmarke eingetragen werden kann. Die Verkehrskreise würden diesen Namen mit Drogenhandel und Drogenterrorismus in Verbindung bringen. Das Gericht bestätigt in seinem Urteil nun die Zurückweisung der Anmeldung der Marke Pablo Escobar und betont, das EUIPO konnte sich bei seiner Beurteilung auf die Wahrnehmung vernünftiger Spanier mit durchschnittlicher Empfindlichkeits- und Toleranzschwelle stützen, die die unteilbaren und universellen Werte teilen, auf die sich die Union gründet (Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sowie die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit). Das EUIPO hat außerdem entschieden, dass diese Personen den Namen von Pablo Escobar mit Drogenhandel und Drogenterrorismus sowie den Verbrechen und dem sich daraus ergebenden Leid in Verbindung bringen würden und nicht mit seinen etwaigen guten Taten zugunsten der Armen in Kolumbien. Die Marke würde daher als gegen die in der spanischen Gesellschaft vorherrschenden grundlegenden moralischen Werte und Normen verstoßend wahrgenommen. Ferner wurde nicht gegen das Grundrecht von Pablo Escobar auf Unschuldsvermutung verstoßen, denn auch wenn er nie strafrechtlich verurteilt wurde, wird er in der spanischen Öffentlichkeit als für zahlreiche Verbrechen verantwortliches Symbol des organisierten Verbrechens wahrgenommen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284821&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3102541>

EP; Verabschiedung Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Das EP hat 10.04.2024 die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verabschiedet. Insgesamt wurden 9 Verordnungen und eine Richtlinie beschlossen. Durch das Reformpaket soll ein gemeinsamer unionsrechtlicher Rahmen geschaffen werden, mit dem alle Aspekte des Asyl- und Migrationsmanagements behandelt werden. Das Asylsystem soll effizienter werden und dem Migrationsdruck besser standhalten können. Insbesondere soll durch das Reformpaket eine schnellere Prüfung von Asylanträgen, darunter an den EU-Grenzen, und wirksamere Rückführung erreicht werden. Zudem soll eine verbesserte Identifizierung bei der Ankunft und verpflichtende Sicherheits- und Gesundheitskontrollen sowie Prüfungen der Schutzbedürftigkeit für Menschen, die irregulär in die EU einreisen erreicht werden. Mit Blick auf die Verteilung der Asylbewerber in der EU sieht das Reformpaket eine Wahlmöglichkeit zwischen den Mitgliedstaaten dahingehend vor, dass sie wählen können, ob sie Asylbewerber aufnehmen, finanzielle Beiträge leisten oder operative Unterstützung bieten wollen. Das Reformpaket enthält auch Regelungen zur freiwilligen Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittstaaten und zur besseren Bewältigung von Krisensituationen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20290/parlament-nimmt-neues-migrations-und-asylpaket-endgultig-an>

EP; Verabschiedung der Verlängerung einer Ausnahmeregelung zur Aufdeckung von Online-Inhalten über sexuellen Missbrauch von Minderjährigen

Das EP hat am 10.04.2024 der Verlängerung einer Ausnahmeregelung zur Aufdeckung von Online-Inhalten über sexuellen Missbrauch von Minderjährigen zugestimmt. Die Ausnahmeregelung wird bis zum 03.04.2026 verlängert, damit eine Einigung über den langfristigen Rechtsrahmen zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet erzielt werden kann.

Die Verabschiedung der Verlängerung erfolgte mit 469 zu 112 Stimmen bei 37 Enthaltungen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20311/sexueller-missbrauch-von-kindern-im-internet-verlangerung-geltender-regeln>

EuGH; Schlussanträge zur Handlungspflicht der Datenschutzbehörde

Der Generalanwalt am EuGH Priit Pikamäe hat am 11.04.2024 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-768/21 vorgelegt. Er vertritt darin die Auffassung, dass die Datenschutzbehörde grundsätzlich zum Einschreiten verpflichtet ist, wenn sie bei der Prüfung einer Beschwerde einen Verstoß feststellt. Die Entscheidung über die zu ergreifende Abhilfemaßnahme hänge jedoch von den konkreten Umständen des jeweiligen Einzelfalles ab. Ein gänzlicher Verzicht zum Einschreiten müsse durch besondere Umstände des Einzelfalles gerechtfertigt sein. Ein Anspruch der betroffenen Person auf den Erlass einer bestimmten Maßnahme bestehe nicht. Dem Verfahren liegt ein Verwaltungsrechtsstreit vor dem VG Wiesbaden zugrunde. Hierin beantragt der Kläger, ein Betroffener eines Datenschutzverstoßes, den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zum Einschreiten gegen den Verantwortlichen zu verurteilen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284655&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1081282>

Rat; Visagebühren wieder auf regulärem Niveau

Der Rat hat am 12.04.2024 beschlossen, die Visumgebühr für Staatsangehörige aus Gambia, die in den Schengen-Raum einreisen möchten, von 120 € wieder auf die normale Gebühr für einen Visumantrag von 80 € zu senken. Weil Gambia sich bei der Rückübernahme seiner illegal in der EU aufhaltenden Staatsangehörigen nicht kooperativ gezeigt hatte, hatte der Rat im Dezember 2022 beschlossen, die reguläre Gebühr für einen Visumantrag für gambische Staatsangehörige auf 120 € zu erhöhen. Seitdem habe Gambia seine Zusammenarbeit bei der Rückübernahme in Bezug auf die Organisation von Rückführungsflügen und -einsätzen erheblich und nachhaltig verbessert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/04/12/the-gambia-visa-fees-down-to-normal-level/>

Rat; Grünes Licht für kombinierte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige

Der Rat hat am 12.04.2024 eine Überarbeitung der Richtlinie über die kombinierte Erlaubnis angenommen. Ziel dieses Rechtsakts, mit dem die derzeit geltende Richtlinie von 2011 aktualisiert wird, ist es, Menschen mit den Qualifikationen und Talenten anzuziehen, die in der EU benötigt werden, und Mängel in Bezug auf die reguläre Migration in die EU zu beseitigen. Gegenstand der Richtlinie ist das Verwaltungsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für das Recht auf Arbeit und das Recht auf Aufenthalt in der EU; ferner wird ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer festgelegt. Mit der Überarbeitung wird ein verkürztes Antragsverfahren eingeführt; außerdem sollen die Rechte von Drittstaatsarbeitnehmern gestärkt werden, indem ein Wechsel des Arbeitgebers und eine begrenzte Dauer der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/04/12/legal-migration-council-gives-green-light-to-single-work-and-stay-permit-for-non-eu-nationals/>

Rat; Organisierte Kriminalität: Rat gibt grünes Licht für EU-Rechtsakt über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten

Der Rat hat am 12.04.2024 eine Richtlinie angenommen, mit der EU-weite Mindestvorschriften für das Aufspüren, die Ermittlung, die Sicherstellung, die Einziehung und die Verwaltung von Vermögensgegenständen aus Straftaten festgelegt werden. Damit sollen die Mitgliedstaaten (MS) besser für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität und deren illegale Erträge gerüstet. Außerdem sollen die MS verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass die Behörden über die nötigen Ressourcen für diese Aufgaben verfügen. Die Vorschriften sollen auch für Verstöße gegen Sanktionen gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/04/12/organised-crime-council-gives-green-light-for-eu-law-on-asset-recovery-and-confiscation/>

Bildung und Kultur

Kommission; Hochrangige Global-Gateway-Veranstaltung zu Bildung

Am 11.04.2024 hat die EU die globale Bildungsgemeinschaft auf ihrer Global-Gateway-Veranstaltung zum Thema Bildung versammelt. Ziel des Treffens von Akteurinnen und Akteuren der Politik sowie der Privat- und Bildungssektoren war die Vorbereitung des UN-Zukunftsgipfels im September 2024 sowie die Mobilisierung neuer Investitionen. Kommissarin Jutta Urpilainen bekräftigte das starke Engagement der EU für hochwertige Bildung bei internationalen Partnerstaaten und unterzeichnete

neue Programme im Zuge der Afrika-Europa-Partnerschaften in Höhe von 245 Mio. EUR.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1893

Kommission; Kultur; EU-Literaturpreis;

Die Kommission hat am 08.04.2024 die neuen Preisträgerinnen und –träger bekannt gegeben, die mit dem diesjährigen EU-Literaturpreis ausgezeichnet wurden. Der deutsche Autor Deniz Utlu hat für seinen Roman „Vaters Meer“ den Sonderpreis des europäischen Literaturpreises 2024 erhalten. Zudem hat der dänische Autor Theis Ørntoft mit seinem Werk „Jordisk“ eine Prämierung erhalten. Daneben erhielten auch Autoren aus den Niederlanden, Island, Bulgarien und Slowenien Sonderauszeichnungen. Iliana Ivanova, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, würdigte die ausgezeichneten Talente für ihre Werke. Mit dem Literaturpreis werden aufstrebende zeitgenössische Belletristik-Autorinnen und Autoren aus allen Ländern ausgezeichnet, die am EU-Förderprogramm Kreatives Europa teilnehmen. Die Gewinner werden von einer internationalen Jury aus sieben literarischen Persönlichkeiten ausgewählt. Für die diesjährige Ausgabe gab es Nominierungen für Literatinnen und Literaten aus 13 Ländern des Programms Kreatives Europa. Der Preis soll die Kreativität und Vielfaltigkeit der europäischen Gegenwartsliteratur ins Rampenlicht rücken und das Bewusstsein für internationale literarische Werke stärken. Die Preisvergabe durchläuft drei Jahreszyklen, damit jedes der 41 teilnehmenden Länder einen Autor oder eine Autorin nominieren kann. Der aktuelle Zyklus wird vom Europäischen Verlegerverband (FEP) und dem Europäischen und Internationalen Buchhändlerverband (EIBF) durchgeführt.

<https://culture.ec.europa.eu/news/here-are-the-winners-of-the-2024-european-union-prize-for-literature>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Aufruf für LIFE Projekte

Am 18.04.2024 veröffentlichte die Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des LIFE-Programms mit einem Gesamtvolumen von 571 Mio. EUR, die für Projekte zur Förderung von Natur und Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität, Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel, Übergang zu sauberer Energie, das neue europäische Bauhaus und Umweltschutz zur Verfügung stehen. Die Gesamtfinanzierung des LIFE-Programms für den Zeitraum 2021-2027 beläuft sich auf 5,4 Mrd. EUR.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/life-calls-proposals-2024-bring-your-green-dream-life-share-eu571-million-funding-2024-04-18_en?prefLang=de

Kommission; Bewerbungsrunde für Jugendliche um 35.500 Bahntickets für Reisen durch ganz Europa gestartet

Am 16.04.2024 gab die Kommission bekannt, auch in diesem Jahr 35.500 kostenfreie Zugtickets an Jugendliche zu verlosen. 6104 Tickets gehen an Jugendliche aus DEU. Die Bewerbungsfrist endet am 30.04.2024 um 12.00 Uhr. Bewerben können sich alle Jugendlichen, die zwischen dem 01.07.2005 und dem 30.06.2006 geboren sind. Die Bewerber müssen aus den Mitgliedstaaten oder einem im Rahmen des Programms Erasmus+ assoziierten Staat (darunter Island, Liechtenstein u.a.) stammen.

[Ab Juli gratis mit dem Zug durch Europa: Kommission startet Bewerbungsrunde für 35.500 Reisetickets - Europäische Kommission](#)

Kommission; Neues EU-Quiz zur Europawahl „Die EU – das bist Du!“

Am 08.04.2024 gab die Vertretung der Kommission in DEU bekannt, in Kooperation mit Radio TEDDY bis zum 07.06.2024 täglich von montags bis freitags nachmittags ein EU-Quiz auszustrahlen. Während des Quiz haben junge Zuhörerinnen und Zuhörer die Möglichkeit, ihr Wissen über die EU unter Beweis zu stellen und können Überraschungspakete mit Brettspielen und Ähnlichem gewinnen.

[„Die EU – das bist du!“: Neues EU-Quiz und Europawahl-Spots für Kinder - Europäische Kommission](#)

Kommission; Bekanntgabe der Finalisten beim Plakatwettbewerb im Vorfeld der Europawahl

Am 15.04.2024 veröffentlichte die Vertretung der Kommission DEU die Liste der 35 Finalisten des Plakatwettbewerbs in Vorfeld der Europawahl. 203 Studierende von 34 deutschen Hochschulen und Universitäten mit Designstudiengängen hatten über 350 Entwürfe eingesandt, aus denen die 35 Finalisten ausgewählt wurden. Zu den Finalisten gehören u.a. auch Beiträge der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main. Die drei Sieger-Plakate werden vom 26.04. bis zum 10.06.2024 in Bahnhöfen im gesamten Bundesgebiet Jugendliche ab 16 Jahren aufrufen, an der Wahl zum EP teilzunehmen.

[Über 350 Plakatentwürfe zur Europawahl 2024 von Studierenden in Deutschland: Shortlist veröffentlicht - Europäische Kommission](#)

V e r a n s t a l t u n g e n

Finanzwelt in Europa: Chancen und Risiken von Zentralbankgeld als Anker des künftigen europäischen Zahlungssystems

In der Reihe „Finanzwelt in Europa“ lud Hessens Europaminister Manfred Pentz am 09.04.2024 gemeinsam mit der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) zu einer Veranstaltung in die Landesvertretung ein. Im Fokus der Debatte standen die möglichen Auswirkungen eines digitalen Euro. Das Mitglied der Geschäftsleitung der WIBank, Dr. Michael Reckhard warb einleitend für eine transparente und breite öffentliche Debatte zu diesem Vorhaben der EZB. In der anschließenden, von Dr. Detlef Fechtner (Börsen-Zeitung) moderierten Podiumsdiskussion stellten sich Anne-Sophie Gógl (Vorstandsmitglied der Digital Euro Association) sowie Dr. Alexandra Hachmeister (Leiterin Zentralbereich Digitaler Euro der Bundesbank) Fragen aus dem Publikum. Gógl hob dabei hervor, dass andere Zentralbanken weltweit ebenfalls an digitalen Zentralbankwährungen arbeiteten. Europa müsse hier rechtzeitig nachziehen und einen gesetzlichen Rahmen vorlegen, der Nutzerfreundlichkeit und Privatsphäre in den Mittelpunkt stelle. Dr. Hachmeister betonte, die Debatte rund um die Festsetzung von Haltelimits – d.h. den maximalen Betrag, den ein Nutzer in seiner elektronischen Geldbörse halten könne – werde im Gesetzgebungsverfahren eine wichtige Rolle spielen. Damit werde der Sorge der Geschäftsbanken vor einem Abfluss an Einlagen zur EZB Rechnung getragen.

Europa vor der Wahl

Am 10.04.2024 diskutierten bei der gemeinsam mit dem Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland ausgerichteten Veranstaltung „Europa vor der Wahl“ führende Kandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien in der Landesvertretung über europapolitische Positionen und Forderungen. Karin Müller, Hessische Staatssekretärin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, wies in der Einführung auf die Bedeutung der Europawahlen im Juni hin. Sie erinnerte daran, dass die Wahl in 50 Tagen stattfindet – und die EU ein „mutiges Europaparlament“ brauche. Denn jetzt gelte es, die Weichen für ein starkes demokratisches Europa zu stellen. Sie mahnte auch, dass Europa um seine Werte und

Wohlstand kämpfen, und seine Verteidigungsbereitschaft stärken müsse. In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert durch Hans-Jürgen Moritz von Focus online, waren MdEP Katarina Barley (S&D/DEU), MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU), MdEP Moritz Körner (RE/DEU), MdEP Maximilian Krah (ID/DEU), MdEP Terry Reintke (Grüne/DEU) und MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) vertreten. Schwerpunkte der Diskussion waren das am Tag der Veranstaltung vom EP-Plenum verabschiedete neue Migrations- und Asylpaket sowie die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Während Einigkeit darin bestand, dass der bisherige EU-Rechtsrahmen für Migration und Asyl reformbedürftig war, wichen die daraus abgeleiteten Forderungen und Vorstellungen teilweise deutlich voneinander ab. Die meisten MdEP forderten auch, die Ukraine weiter entschieden zu unterstützen und betonten das Recht des Landes auf Selbstverteidigung. Die Fragen aus dem Publikum betrafen die Themen Inflation, Green Deal und partizipative Demokratie. Über 400 Gäste waren in der Landesvertretung anwesend; mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten die Diskussion online im Livestream.

Echter Fortschritt oder verpasste Chance? Die neue Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Die neue Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt war Gegenstand einer Veranstaltung in der Reihe „Europa im Gespräch“ am 15.04.2024. Eva Gerhards, stellvertretende Kabinettschefin der Kommissarin Helena Dalli, stellte die Richtlinie und die Hintergründe des Kommissionsvorschlags in ihrem Impuls vor. Sie hob eingangs hervor, dass für die Kommission bereits seit 2019 das Thema Gleichstellung eines ihrer wichtigen politischen Ziele gewesen sei und zwar die Geschlechtergleichstellung auf allen Ebenen. Dafür seien u.a. Gleichstellungskordinatoren in allen Generaldirektionen eingesetzt worden und eine Strategie für ein Europa der Gleichstellung 2020 vorgelegt worden. Die Kommission habe viel erreicht, u.a. auf dem Gebiet der Arbeitswelt durch die Richtlinie zur Lohntransparenz aber auch durch die nunmehr erzielte Einigung über die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Sodann diskutierte Frau Gerhards mit Katrin Pribyl, EU-Korrespondentin des Korrespondenten-Netzwerks Reportrois, über diesen letztgenannten neuen EU-Rechtsrahmen. Gerhards bezeichnete die erzielte Einigung als Meilenstein, auch wenn die Einigung ganz klar hinter den Erwartungen der Kommission vor allem wegen des fehlenden Vergewaltigungstatbestands zurückgeblieben sei. Positiv sei, dass die Mitgliedstaaten sich während der zum Teil schwierigen Verhandlungen mit der Thematik intensiv befasst hätten und so auch dort ein gesellschaftlicher Diskurs stattgefunden habe, der weitergeführt werden sollte.

Expertengespräch: The geoeconomics of currencies – increasing the international role of the Euro

In den Räumlichkeiten der Hessischen Landesvertretung fand am 16.04.2024 ein durch das Brüsseler Büro der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) organisiertes Expertengespräch zur internationalen Rolle des Euro statt. Als Experten geladen waren Dr. Paweł Tokarski (SWP), Prof. Dr. Adriaan Schout (Clingendael Institute), Dr. Miguel Otero Iglesias (Real Institut Elcano) sowie Gabriel Glöckler (Principal Advisor in der Kommunikationsabteilung der EZB). Die Diskussion wurde von Emilie Vanderhulst (Agence Europe) moderiert. Im Fokus des Austausches standen Vor- und Nachteile einer stärkeren internationalen Verbreitung des Euro im Verhältnis zum Status des Dollars als Reservewährung. Auch nahmen die Expertinnen und Experten die Frage in den Blick, welche konkreten Rahmenbedingungen und Maßnahmen eine solche stärkere internationale Rolle der Gemeinschaftswährung voraussetzt.

Steigerung der Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors

Am 17.04.2024 fanden ein Workshop und eine Abendveranstaltung zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors statt. Veranstalter waren das in Frankfurt ansässige Leibniz Institut für Finanzmarktforschung SAFE und die Université Libre de Bruxelles. Der Workshop am Nachmittag widmete sich vertieft den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Fortentwicklung der Bankenregulierung. Bei der Abendveranstaltung diskutierten Andrea Enria (ehem. Vorsitzender des EZB-Bankenaufsichtsgremiums SSM), Elke König (ehem. Vorsitzende der europäischen Bankenabwicklungsbehörde SRB) und Prof. Martin Hellwig (ehem. Direktor des MPI für Gemeinschaftsgüter und ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Europäischen Ausschuss für Systemrisiken, ESRB) unter Moderation von Rebecca Christie (Bruegel, Reuters) zur Stärkung der Finanzstabilität.

Kroatien hat gewählt

Am 18.04.2024 stand die vorgezogene Parlamentswahlen in KRO im Mittelpunkt einer Veranstaltung der Reihe „Europa nach den Wahlen“. Manfred Pentz, Hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, wies in seiner Einführung auf die erfolgreiche Integration von KRO in die EU hin – zehn Jahre nach seinem Beitritt führte das Land 2023 den Euro ein und wurde Mitglied im Schengen-Raum. Der Minister betonte auch die Bedeutung eines EU-Beitritts von Bosnien-Herzegowina für die Region, den er als „Lückenschluss“ bezeichnete. Augustin Palokaj, EU-Korrespondent der kroatischen Tageszeitung Jutarnji List, präsentierte sodann die Wahlergebnisse und diskutierte sie im Anschluss mit Romana Abels, EU-Korrespondentin der niederländischen Tageszeitung Trouw. Aus Sicht des Journalisten aus KRO ist das Wahlergebnis nicht überraschend. Die nationalkonservative Regierungspartei HDZ von Ministerpräsident Andrej Plenković ist als stärkste Partei hervorgegangen, sei aber auf Unterstützung anderer Parteien angewiesen, um auf die erforderliche Parlamentsmehrheit zu kommen. Eine große Koalition hält Augustin Palokaj für ausgeschlossen, ebenso eine Koalition aller übrigen Parteien zum Nachteil der HDZ. Allerdings werde der Regierungschef bei einer Koalition Zugeständnisse machen müssen, dabei aber „rote Linien“ beachten: Er werde nicht internationale Verpflichtungen von KRO in Frage stellen, und er werde nicht mit Serben in eine Regierung eintreten. Auf die Frage, welche Rolle populistische Parteien in seinem Heimatland spielen antwortete Augustin Palokaj, es gebe in KRO keine populistische Partei wie in einigen anderen Mitgliedstaaten. Allerdings würden sich Parteien in KRO populistischer Narrative bedienen, insbesondere hinsichtlich des Themas Migration.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- 22.04. Rat für Auswärtige Angelegenheiten
- Ukrainekrieg
 Situation im Nahen Osten
 Situation im Sudan

- 23./24.04. Informeller Gesundheitsrat
- Arbeitskräfte im Gesundheitswesen
Arzneimittelgesetzgebung
Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung
- 29./30.04. Informeller Rat für allgemeine Angelegenheiten
- 29.04. Landwirtschaftsrat
Handelsbezogene Agrarfragen
Jährliche Leistungsberichte im Rahmen der GAP
strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft

Europäische Kommission

- 23.04. Empfehlung der Kommission zu integrierten
Kinderschutzsystemen
- 07.05. Bericht über die Sicherheitsunion

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 22.- 25.04.2024

Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik
Gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren
Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt
Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer
Wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und multilaterale haushaltspolitische Überwachung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit
Änderung der Richtlinie 2011/85/EU über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten
Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation und Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastruktur-Verordnung)
Rahmen für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)
Übertragung von Verfahren in Strafsachen
Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen
Änderung der Richtlinie „Solvabilität II“
Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen
Zahlungsdienste und E-Geld-Dienste im Binnenmarkt, Änderung der Richtlinie 98/26/EG und Aufhebung der Richtlinien (EU) 2015/2366 und 2009/110/EG
Zahlungsdienste im Binnenmarkt und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010
Unionsvorschriften zum Schutz von Kleinanlegern
Modernisierung des Basisinformationsblatts

Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr
Änderung der Richtlinie 2014/62/EU hinsichtlich bestimmter Berichtspflichten
Zugang zuständiger Behörden zu zentralen Bankkontenregistern über die zentrale Zugangsstelle
Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT)
Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
Europäischer Behindertenausweis und Europäischer Parkausweis für Menschen mit Behinderungen
Europäischer Behindertenausweis und Europäischer Parkausweis für Menschen mit Behinderungen für
Erzeugung und Inverkehrbringen von Pflanzenvermehrungsmaterial
Erzeugung und Inverkehrbringen forstlichen Vermehrungsguts
Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan
20. Jahrestag der größten EU-Erweiterung in der Geschichte der EU - Erklärungen des Rates und der Kommission
Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes
Verpackungen und Verpackungsabfälle
Luftqualität und saubere Luft für Europa
Notfallinstrument für den Binnenmarkt
Änderung bestimmter Verordnungen im Hinblick auf die Schaffung des Notfallinstruments für den Binnenmarkt
Änderung bestimmter Richtlinien im Hinblick auf die Schaffung des Notfallinstruments für den Binnenmarkt
Schengener Grenzkodex
Grenzüberschreitender Austausch von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte
Mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens- und Futtermittel
Abwicklungsvoraussetzungen und die Finanzierung von Abwicklungsmaßnahmen
Änderung der Richtlinie 2014/59/EU im Hinblick auf Frühinterventionsmaßnahmen, Abwicklungsvoraussetzungen und die Finanzierung von Abwicklungsmaßnahmen
Änderung der Richtlinie 2014/49/EU im Hinblick auf den Anwendungsbereich der Einlagensicherung, die Verwendung der Mittel aus Einlagensicherungssystemen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Transparenz
Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit
Verwirklichung des Einheitlichen Europäischen Luftraums
Änderung der Verordnung (EU) 2018/1139 in Bezug auf die Fähigkeit der Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit, als Leistungsüberprüfungsgremium für den einheitlichen europäischen Luftraum zu handeln
Europäischer Raum für Gesundheitsdaten
Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf Aufsichtsbefugnisse, Sanktionen, Zweigstellen aus Drittländern sowie Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken
Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 im Hinblick auf Vorschriften für das Kreditrisiko, das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung, das operationelle Risiko, das Marktrisiko und die Eigenmitteluntergrenze (Output-Floor)
Von den Mitgliedstaaten einzurichtende Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849
Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung

Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung
Das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments - Anfragen zur mündlichen Beantwortung
Genehmigung und Marktüberwachung von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten, die auf öffentlichen Straßen verkehren, und Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020
Änderung der Verordnung (EU) 2016/2031 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen
Transparenz und Integrität von Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance(ESG)
Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 575/2013 und (EU) 2017/1131 im Hinblick auf Maßnahmen zur Minderung übermäßiger Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien aus Drittstaaten und zur Steigerung der Effizienz der Clearingmärkte der Union
Änderung der Richtlinien 2009/65/EU, 2013/36/EU und (EU) 2019/2034 hinsichtlich der Behandlung des Konzentrationsrisikos gegenüber zentralen Gegenparteien und des Ausfallrisikos bei zentral geclearten Derivategeschäften
Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Kapitalmärkte und Erleichterung des Kapitalzugangs für KMU Änderung bestimmter Verordnungen
Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Kapitalmärkte und Erleichterung des Kapitalzugangs für KMU Änderungsrichtlinie
Strukturen mit Mehrstimmrechtsaktien in Gesellschaften, die eine Zulassung ihrer Anteile zum Handel an einem KMU-Wachstumsmarkt beantragen
Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Verwendung beim Menschen bestimmte Substanzen menschlichen Ursprungs
Verwaltete Sicherheitsdienste
Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung, Vorsorge und Bewältigung von Cybersicherheitsbedrohungen und -vorfällen
Unternehmensbezogene Arbeitsmarktstatistiken der Europäischen Union und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates und der Verordnungen (EG) Nr. 450/2003 und (EG) Nr. 453/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates
Änderung der Verordnung (EU) 2016/1011 bezüglich des Geltungsbereichs der Vorschriften für Referenzwerte, der Verwendung in der Union von Referenzwerten, die von einem in einem Drittstaat angesiedelten Administrator bereitgestellt werden, und bestimmter Meldepflichten
Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser
Änderung der Verordnung (EU) 2021/1173 im Hinblick auf eine EuroHPC-Initiative für Start-up Unternehmen zur Stärkung der europäischen Führungsrolle auf dem Gebiet der vertrauenswürdigen künstlichen Intelligenz
Änderung der Richtlinien 2009/102/EG und (EU) 2017/1132 zur Ausweitung und Optimierung des Einsatzes digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht
Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013
Erhebung und Übermittlung vorab übermittelter Fluggastdaten (API) zur Verbesserung und Erleichterung der Kontrollen an den Außengrenzen, Änderung der Verordnung (EU) 2019/817 und der Verordnung (EU) 2018/1726 sowie Aufhebung der Richtlinie 2004/82/EG des Rates
Erhebung und Übermittlung von API-Daten zur Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität und Änderung der Verordnung (EU) 2019/818

Interinstitutionelles Gremium für ethische Normen
Ökodesign-Verordnung
Schema allgemeiner Zollpräferenzen und Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates
Verordnung über Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrmaßnahmen für Feuerwaffen, deren wesentliche Komponenten und Munition
Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2025 – Einzelplan I – Europäisches Parlament
Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 zum Gesamthaushaltsplan 2024 – Erforderliche Berichtigung des Haushaltsplans 2024 aufgrund der Revision des MFR
Verantwortlichkeiten von im Bereich fossile Brennstoffe tätigen Unternehmen in der Krise der Lebenshaltungskosten - Entschließungsantrag

Ausschuss der Regionen

26.04.2024 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Empfehlungen für das zehnte Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Meinungsaustausch)
Demografischer Wandel in Europa: Ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen (Meinungsaustausch)
Ethisch vertretbare künstliche Intelligenz und Zugang zum Hochleistungsrechnen für Start-up-Unternehmen (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

22.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-382/22 P Cathay Pacific Airways / Kommission – Luftfrachtkartell

22.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-381/22 P Japan Airlines / Kommission – Luftfrachtkartell

23.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-233/23 Alphabet u. a. – Missbrauch einer beherrschenden Stellung (Italien)

25.04.2024 Urteile des Gerichtshofs in den Rechtssachen C-420/22 NW und C-528/22 PQ – Entzug von Aufenthaltstiteln und Einstufung der zugehörigen Informationen als nationale Verschlussachen (Ungarn)

25.04.2024 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-684/22 Stadt Duisburg, C-685/22 Stadt Wuppertal und C-686/22 Stadt Krefeld – Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit (Deutschland)

- 25.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-446/21 Schrems (Veröffentlichung von Daten) – Verarbeitung personenbezogener Daten zwecks personalisierter Werbung (Österreich)
- 25.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der in der Rechtssache C-21/23 Lindenapotheke – Verkauf apothekenpflichtiger Medikamente über Amazon (Deutschland)
- 25.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-159/23 Sony Computer Entertainment Europe – Schutzbereich eines Computerprogramms (Deutschland)
- 30.04.2024 Urteil des Gerichtshofs (Plenum) in der Rechtssache C-470/21 La Quadrature du Net u.a. – Personenbezogene Daten und Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen; Erhebung der Identitätsdaten zu IP-Adressen (Frankreich)
- 30.04.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-178/22 Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano – Zugriff auf Verbindungsdaten zur Ermittlung von Straftaten (Italien)
- 30.04.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-670/22 M.N. (EncroChat) – Verwertbarkeit von EncroChat-Daten in Strafverfahren (Deutschland)
- 30.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-650/22 FIFA – Transfer von Fußballspielern (Belgien)
- 30.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-683/22 Adusbef (Morandi-Brücke) – Konzessionsverlängerung für die Morandi-Brücke in Genua (Italien)
- 30.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-295/23 Halmer Rechtsanwalts-gesellschaft – Widerruf der Zulassung einer Rechtsanwalts-gesellschaft (Deutschland)

EuG

- 24.04.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-205/22 Naass und Sea-Watch / Frontex – Zugriff auf Dokumente
- 24.04.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-157/23 Kneipp / EUIPO - Patou (Joyful by nature) – Unionsmarkenrecht

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 03.05.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA